

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

THEODOR ESCHENBURG:

Gustav Stresemann

Zu seinem 25. Todestage

Fünf Jahre lang, von 1919–1924, rang das Reich um seine äußere und innere Existenz. An Versuchen, die Demokratie zu stürzen, hat es von der radikalen Rechten und der extremen Linken her nicht gemangelt. Die von Moskau gelenkten Kommunisten trachteten durch Aufstände eine Situation herbeizuführen, die Deutschland bolschewisierungsreif machte. Rechtsradikale versuchten 1920 durch den sogenannten Kapp-Putsch, die Demokratie zu beseitigen. Der Reichsregierung gelang es immer wieder, mit Hilfe von Reichswehr und Polizei und beim Kapp-Putsch durch die Unterstützung der Gewerkschaften, dieser Aufstände Herr zu werden. Aber das Reich befand sich bis zum November 1923 in einer latenten Bürgerkriegssituation.

Deutschland hatte den Friedensvertrag unterzeichnet in der Hoffnung, daß er nicht in der vollen Härte durchgeführt werde, Frankreich hingegen, dessen Forderungen nach der Friedenskonferenz dank Wilsons und Lloyd Georges Eingreifen bei weitem nicht erfüllt wurden, in der Erwartung, daß sich in der politischen Praxis Gelegenheit zu einer Verschärfung und Ausdehnung der Friedensvertragsbestimmungen ergeben werde. Das Ziel der deutschen Außenpolitik war, durch zögernde Erfüllung eine schnelle und weitgehende Revision zu erreichen; das der französischen, durch unnachgiebiges Bestehen auf Erfüllung das Reich zum Konkurs und damit zur Aufteilung zu treiben.

Im Sommer 1923 stand das Reich vorm Zusammenbruch und Zerfall. Frankreich und Belgien hatten die Besetzung der Rheinlande auf das Ruhrgebiet ausgedehnt, weil Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt hatte. Gegen diese französische Invasion protestierte die Bevölkerung des Ruhrgebietes neun Monate lang durch passiven Widerstand — eine der grandiosesten waffenlosen Massendemonstrationen der Geschichte. Frankreich sperrte daraufhin die Ruhr, das wirtschaftliche Herz Deutschlands, vom Reich ab. Durch eine Zolllinie wurde das besetzte Gebiet vom unbesetzten getrennt. Hier häuften sich die Warenvorräte, dort fehlten sie. Hungersnot und Plünderung, Arbeitslosigkeit und Streiks zersetzten die innere Ordnung und die Wirtschaftskraft. Kommunistische Aufstände und rechtsradikale Putschabsichten, veranlaßt oder gesteigert durch die Not des Volkes, drohten eine neue Revolution auszulösen. Die mühsam bei Kriegsende und beim Friedensschluß gewährte Reichseinheit wurde vor allem durch den von Frankreich betriebenen Separatismus im Rheinland und in der Pfalz gefährdet. Ursache und Folge zugleich dieser inneren Zersetzungerscheinungen war die rapid sich entwickelnde Inflation. Die Finanzierung des passiven Widerstandes durch das Reich trieb die Fieberkurven der Inflation sprunghaft hoch. Der Dollar kostete im Juli 300 000.—, im August 10 Millionen Mark.

Alle Versuche Deutschlands, von England unterstützt, mit Frankreich ins Einvernehmen über die Räumung der Ruhr und die Festsetzung der

deutschen Reparationsverpflichtungen auf Grund eines neutralen Sachverständigengutachtens zu gelangen, waren gescheitert. Poincaré, Frankreichs Ministerpräsident, ein Lothringer Advokat, war unerbittlich hartnäckig in der Verfolgung seines Zieles und hatte jede Konzession abgelehnt. Der Reichskanzler Cuno war durch ein Mißtrauensvotum vom Reichstag gestürzt und resignierte. Der Reichspräsident Friedrich Ebert ernannte nunmehr zum Nachfolger den Führer der rechtsliberalen deutschen Volkspartei, die die viertstärkste Fraktion im Reichstag war, Dr. Gustav Stresemann. Stresemann stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Sein Vater war Bierverleger, Budiker, wie man sagte, im Berliner Norden. Als junger Doktor war er Syndikus in der sächsischen verarbeitenden Industrie geworden. 1906 wurde er zum Stadtverordneten von Dresden, 1907 in den Reichstag gewählt. Innerpolitisch gehörte er zum

INHALT DIESER BEILAGE:

- Th. Eschenburg:
Stresemann, zu seinem 25. Todestage
- H. Rothfels:
Das politische Vermächtnis des deutschen Widerstands
(S. 521)
- Pandit Nehru:
Politik der Gewaltlosigkeit (S. 526)

linken Flügel der Nationalliberalen, außenpolitisch war er ein entschiedener Imperialist, im ersten Weltkrieg begeisterter Gefolgsmann von Tirpitz und Ludendorff. Aber er war einer der wenigen Deutschen, die aus dem Zusammenbruch von 1918 gelernt hatten. Er hegte seitdem nicht nur ein abgrundtiefes Mißtrauen gegen die Politik der Militärs. Er erkannte auch die Schranken, die jeder deutschen Außenpolitik durch die geographische Lage des Reiches gesetzt waren. Er verhehlte sich nicht, wie viele es taten, daß Deutschland den Krieg verloren hatte, daß es eines Übermaßes an Geduld, Zähigkeit und Phantasie gleichzeitig bedurfte, um die Lasten des Versailler Vertrages auf allen Gebieten allmählich abzutragen. Im Grunde seines Herzens war er ein Romantiker, aber er kontrollierte Sinn und Gemüt durch einen nüchternen scharfen Verstand, so schwer es ihm auch manchmal fiel. Er hatte ein leidenschaftliches Temperament, aber einen ebenso starken Willen, jenes zu bändigen. Er war ein hinreißender Redner, aber ein ebenso schlagfertiger wie scharfsinniger Verhandler.

Seine Stärke war, daß er über einen politischen Generalplan verfügte, den er je nach der täglich sich wandelnden Situation korrigierte, an dem er sich aber ständig orientierte und an Hand dessen er sich kontrollierte. Er war ein virtuoser Taktiker, aber er erschöpfte sich nicht in der Taktik. Er war ein Meister in der Handhabung des parlamentarischen Verfahrens wie kaum ein anderer Deutscher.

Innerhalb 24 Stunden hatte Stresemann sein Kabinett zusammengestellt, ohne sich auf langes Verhandeln mit den Parteien einzulassen.

Stresemanns Aufgabe war, die Mark zu stabilisieren, die erste Voraussetzung, um die innerpolitische Ordnung wiederherzustellen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Ohne Aufgabe des passiven Widerstandes aber war keine Währungsreform möglich. Dieser Verzicht konnte außenpolitisch den Verzicht auf das Ruhrgebiet, innerpolitisch die Gegenrevolution bedeuten. Ohne Ruhrgebiet, das wirtschaftliche Herzgebiet Deutschlands, ohne Kohle, Eisen und Exporte keine Stabilisierung der Mark, ohne Stabilisierung keine Regelung der Reparationen, ohne diese keine dauerhafte Befriedigung des Verhältnisses zu Frankreich. Zahllose politische Rezepte wurden damals ausgegeben und beraten, abgeändert und kombiniert: Preisgabe des Westens und Allianz mit Sowjetrußland, Verständigung mit Frankreich durch Bildung eines selbständigen Rhein- und Ruhrstaates, bewaffneter Widerstand bei weiterem Einmarsch der Franzosen, Kündigung des Versailler Vertrages, und hinter allen diesen Plänen stand der Plan der Diktatur.

Stresemann verkündete unbeirrt sein Programm: Währungsreform, Reparationsregelung nach Vorbereitung durch neutrale Sachverständige, Verständigung mit Frankreich, wobei er den Verbleib des Ruhrgebietes beim Reich voraussetzte.

Stresemanns letzte Versuche, den Konflikt mit Frankreich um das Ruhrgebiet zu beenden, waren gescheitert. Noch einmal fuhr er selbst in den besetzten Westen, um durch eindringlichen Appell an die Verantwortlichen jedem Gedanken oder jeder Möglichkeit einer Loslösung vom Reich unerbittlich entgegen zu treten. Diejenigen, die in einem selbständigen Rhein-Ruhrstaat noch die einzige Rettung sahen, vermochten sich dieser suggestiven Energie nicht zu widersetzen. Dann kapitulierte Stresemann, das Reichskabinett beschloß am 25. September die Einstellung des passiven Widerstandes. Stresemanns Vorgänger hatten versucht, England und Frankreich gegeneinander auszuspielen; sie hatten aber überwiegend vergeblich auf die Karte Englands, einer von ihnen auf die Karte Frankreichs gesetzt. Stresemann nutzte im Gegensatz zu diesen die diplomatische Unterstützung Englands und gab gleichzeitig das Ringen um die direkte Verständigung mit Frankreich auch jetzt noch und trotz der Niederlage nicht auf. Er brach nicht einmal die diplomatischen Beziehungen ab.

Poincaré lehnte Verhandlungen mit Berlin ab. Stresemann sorgte für Fortsetzung der Unterstützung des Ruhrgebietes aus moralischer Verpflichtung und um Verzweiflungsakte zu verhüten. Er duldet widerwillig direkte Verhandlungen der Industrie an Rhein und Ruhr mit Frankreich zur Wiederaufnahme der Arbeit, hielt Tuchfühlung zu ihr und lenkte sie.

Diese bedingungslose Kapitulation war nicht der letzte Akt eines Verzweifeltens; sie beendete das Spiel nicht, sondern war die Fortsetzung mit anderen Methoden, nachdem die der Vorgänger versagt hatten. Ein von der Inflation ausgezehrt Deutschland, vor dem Todeskampf des Bürgerkrieges stehend, hätte nie Aussicht gehabt, die Ruhr zu behalten, ein saniertes Reich, frei von der innerpolitischen Belastung der Aufstände und Streiks als kreditwürdiger Reparationsschuldner, würde diese Chance haben. Stresemann ist niemals ein Prestige-Politiker gewesen. Hier hat er es zum ersten Male gezeigt. Taktisch in der Durchführung, strategisch in der Auswertung blieb diese Operation seine Meisterleistung.

Die innerpolitische Folge war, daß Gegenrevolutionäre von rechts und Revolutionäre von links zum Sturz des scheinbar schwächlichen Reichsregimentes antraten. Dieser Höhepunkt der Krise schien ein besonders günstiger Moment für Restauration und Revolution.

Thüringen und Sachsen, von kommunistisch geführten Koalitionen regiert, hatten proletarische Hundertschaften aufgestellt. In Hamburg war ein kommunistischer Aufstand ausgebrochen. Dieser wurde niedergeschlagen. Stresemann ließ gegen den Willen seiner sozialdemokrati-

schen Ministerkollegen Sachsen und Thüringen durch Truppen besetzen. Diese Maßnahme gegen die Kommunisten war in erster Linie eine Entlastungsoffensive gegenüber rechts. Von der Seite war die Gefahr viel größer. In den östlichen Provinzen Preußens rüsteten sich gegenrevolutionäre Organisationen oder standen bereit. In Bayern hegte man ein starkes Mißtrauen gegen den Hexenkessel Berlin und trug sich mit dem Gedanken, sich durch stärkere Selbständigkeit von der Hauptstadt zu distanzieren. Vor allem aber tobte Hitler in München gegen die Republik und die gegenwärtige Regierung mit starker Vehemenz und großer Wirkung. Alle revolutionären und gegenrevolutionären Gruppen warteten in sich gegenseitig steigender Spannung ab, wer das Signal zum Losschlagen geben würde. Als der Reichswehrkommandant von München den Befehl des Chefs der Heeresleitung erhielt, den Völkischen Beobachter zu verbieten, verweigerte jener die Ausführung und unterstellte seine militärischen Einheiten der bayerischen Regierung. Diese lösten sich von der Reichsgewalt, ohne aus dem Reichsverband auszuschneiden. Die Sozialdemokratie drängte zu einem militärischen Eingriff in Bayern, wie er in Thüringen und Sachsen gegen die Kommunisten erfolgt war. Das hätte den Ausbruch zum Bürgerkrieg bedeutet und zwar den Zweifrontenbürgerkrieg. So bemühte sich Stresemann um friedliche Beilegung des Konfliktes.

Am 8. November abends schlug Hitler los, nachdem er vorher Reichswehr und bayerische Regierung zur Gefolgschaft erpreßt hatte. Er proklamierte eine neue gegenrevolutionäre Regierung unter seiner Führung. Am nächsten Morgen warfen bayerische Reichswehr und Polizei den Aufstand Hitlers nieder. Ebert und Stresemann hatten nicht einen Moment die Nerven verloren. Der Putsch war verpufft, die Gefahr des Bürgerkrieges gebannt. Am 20. November wurde die Reichsmark stabilisiert; der Höhepunkt der inneren Krise war überwunden. Das war die erste Etappe der Regierungspolitik Stresemanns, aber auch die entscheidendste. Das Reich war vor Revolution und Zerfall bewahrt, vor dem Auslande hatte es einen großen Achtungserfolg erreicht. Auf Intervention Amerikas entschlossen sich die Alliierten, ein neutrales Sachverständigenkomitee auf Grund der deutschen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einzusetzen.

Allerdings mußte Stresemann als Kanzler abtreten. Die Sozialdemokraten hatten im November 1923 wegen des militärischen Eingriffs in Thüringen und Sachsen und wegen Unterlassung der gleichen Maßnahme in Bayern mehr um eines Alibis, als um der Wirkung willen einen Mißtrauensantrag gegen ihn gestellt und wurden von den Deutschnationalen aus entgegengesetzten Motiven unterstützt. Stresemann hätte seinen Sturz vermeiden können. Aber er zwang das Parlament zum offenen Bekenntnis für oder gegen ihn. Er blieb aber trotz wechselnder Koalitionen bis zu seinem Tode im Amt des Außenministers und verfügte von da ab für seine Außenpolitik über eine feste Mehrheit der Regierungsparteien seiner bisherigen Kanzlerschaft. Dieselbe Sozialdemokratie, die ihn aus innerpolitischen Gründen gestürzt hatte, stützte seine Außenpolitik, die im Grunde auch die ihre war, auch, wenn sie sich selbst in der Opposition befand.

Bei den französischen Wahlen im Mai verlor die französische Rechte ihre Mehrheit zu Gunsten der Linken. Das französische Volk war des Kampfes müde; durch den Ruhreinbruch war nichts gewonnen, aber ein Viertel des Frankenwertes verloren. An Stelle des unerbittlichen Poincaré wurde Edouard Herriot, ein Führer der Sozialisten, Ministerpräsident, materiell in der Reparationen- und Sicherheitsfrage, grundsätzlich ähnlich denkend wie jener, aber gewillt, sie mit friedlichen Methoden zu vertreten und geschmeidiger in seiner Politik. Auf der Londoner Konferenz im Juli 1924 wurde die neue Reparationsregelung — man nannte sie nach dem amerikanischen Vorsitzenden der Sachverständigen-Kommission „Dawes-Abkommen“ — getroffen. Diese Vereinbarung sollte nur eine vorläufige Regelung darstellen, um sie dann nach einigen Jahren der Erfahrung und Ausprobierung durch eine endgültige zu ersetzen. Auch jetzt noch war die hier festgelegte Reparationsschuld von durchschnittlich 4 Milliarden jährlich eine drückende Belastung für die deutsche Volkswirtschaft. Aber die Leistungen waren fixiert, die Vorkehrungen gegen eine neue Inflation getroffen, und das Ganze auf eine einwandfrei rechtliche Basis gestellt. Die Reparationen hörten auf, ein Instrument der Politik zu sein.

Frankreich verpflichtete sich, binnen Jahresfrist das Ruhrgebiet und die Städte Düsseldorf, Dortmund und Ruhrort, die aus ähnlichem Anlaß 1921 besetzt wurden, zu räumen. Was noch vor einem Jahre als verloren schien, sollte nunmehr uneingeschränkt in deutsche Hand zurückgelangen. Stresemann hatte mit seiner Einstellung des passiven Widerstandes recht behalten.

Diese Rückgabe des Ruhrgebietes bedeutete aber auch den ersten Schritt in der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Die beiden Ziele der französischen Politik gegenüber Deutschland waren: Sicherung der Reparationen und der französischen Ostgrenzen gegen einen Angriff des Reiches. Das Ersthier war erreicht. Aber in Versailles hatte Frankreich widerwillig auf die Loslösung des linken Rheinuferes verzichtet gegen das Versprechen einer englisch-amerikanischen Garantie der französischen Ostgrenze. Da Amerika den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hatte, war diese Zusage nicht eingehalten worden. Die Okkupation der Rheinlande diente daher jetzt mehr der französischen Sicherheit als der Erfüllung der Reparationsforderungen. Andererseits drängte Frankreich England immer von neuem, das Garantieverprechen auch ohne Amerika einzulösen. Das hätte eine englisch-französische Allianz gegen Deutschland bedeutet. Stresemann wollte diese Entwicklung verhindern. So bot er Frankreich, England, Belgien und Italien eine gemeinsame, auf Gegenseitigkeit basierende Garantie der französisch-belgisch-deutschen Grenze an. Das bedeutete zugleich den von Deutschland ausdrücklich und freiwillig anerkannten Verzicht Elsaß-Lothringens. Im Vertrag von Locarno vom Oktober 1925 erfolgte diese Garantieverklärung zugleich mit einem Schiedsvertrag zwischen den drei Ländern, wo auf die bewaffnete Austragung aller Streitigkeiten verzichtet wurde. Frankreich hatte ein gleiches Garantieabkommen auch für seine Verbündeten Polen und die Tschechoslowakei verlangt, was den Verzicht auf den sogenannten polnischen Korridor und Danzig, sowie auch den Anschluß Österreichs bedeutet hätte. Diese Forderung lehnte Stresemann ab mit der Begründung, daß zu diesem Verzicht keine deutsche Regierung von den Deutschen bis zu den Kommunisten sich bereit finden würde. Wohl aber wurden gleiche Schiedsgerichts- und Kriegsverzichtsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei getroffen, was sie mit Frankreich und Belgien abgeschlossen waren.

Die Welt respektierte die phantasievoll konstruktive Aktivität des Schwachen. Es erschien ihr als Ansatz zu einer neuen politischen Entwicklung, deren Verwirklichung Wilsons unwirklichem Ideenschwung nicht gelungen war. Schon sprach man damals, wenn auch noch zögernd und tastend, vom Zusammenschluß der europäischen Staaten. Ein entscheidendes Hemmnis war die deutsch-französische Rivalität, der Kampf zwischen Sicherheit und Gleichberechtigung.

1926 trat Deutschland in den Völkerbund ein, der ihm durch Frankreichs Veto und den Widerstand in breiten Kreisen des eigenen Volkes bisher verwehrt war. Auch jetzt bedurfte es der ganzen vitalen Energie des deutschen Außenministers, die heimische Skepsis und Widerspenstigkeit gegen diese Aktion zu überwinden. In Deutschland gab es beachtliche Kräfte, die im Locarnopakt und im Anschluß an den Völkerbund eine Option für den Westen, eine Absage an den Osten und damit einen Verzicht auf die durchgreifende Revision des Friedensvertrages sahen. Man wollte, vor allem auf der Rechten, sich die Freiheit gegenüber Ost und West bewahren, um sich die Option von Fall zu Fall hoch bezahlen zu lassen. Man befürchtete Behinderung in der von der Reichswehr betriebenen, von Rußland unterstützten Aufrüstungspolitik. Man wollte aus innerpolitischen antidemokratischen Motiven nicht durch den Beitritt des Reiches die Stärkung dieses demokratischen Forums der Welt, dessen Stabilisierung belebende Rückwirkungen auf die schwer bekämpfte Demokratie im eigenen Lande haben mußte, fördern. Man wollte wieder Machtpolitik treiben, sobald man es konnte, der Revisionismus sollte nur Übergang zu einem mühsam bisher unterdrückten Imperialismus sein. Die Methoden von Genf aber würden eine solche Entwicklung hemmen.

In Moskau wirkte der Pakt von Locarno und der Eintritt in den Völkerbund, dem die Sowjetunion nicht angehörte, wie eine Kampfansage. Stresemann war in Haltung und Anschauung ein westlicher Typ. Das sowjetische Rußland war ihm ebenso fremd wie unheimlich. Aber Stresemann wollte, wie er selbst einmal gesagt hatte, den großen Entscheidungen ausweichen. So erneuerte und erweiterte 1926 Deutschland den Ver-

trag von Rapallo, den Rathenau 1922 mit Sowjetrußland abgeschlossen hatte. Hatte Deutschland in Locarno erreicht, daß es von den Verpflichtungen des § 16 des Völkerbündpaktes, nämlich von der Teilnahme an der Völkerbundsexekution gegen friedensstörende Staaten, eben wegen seiner Rüstungsbeschränkung und gleichzeitig von der Duldung des Durchmarsches fremder Truppen befreit war, so vereinbarte das Reich durch den Berliner Vertrag jetzt mit dem Sowjetstaat gegenseitige Neutralität im Falle des Angriffes einer dritten Macht, trotz friedlichen Verhaltens des anderen Partners und zugleich der Nichtbeteiligung an einer zum Zweck der wirtschaftlichen Boykottierung des Partners geschlossenen Koalition fremder Mächte.

Nunmehr hatte sich Deutschland aus eigener Kraft, über die es damals noch verfügte, zwischen Ost und West jene Sicherheit der Neutralisierung, die damals noch möglich war, geschaffen, an der Rußland, wie die Westmächte, gleichermaßen interessiert waren. Durch Unterzeichnung des Genfer Statuts war den Westmächten die Furcht vor einem deutschen Bündnis mit Rußland, durch den Vertrag von Berlin dem Kreml die Gefahr eines deutschen Aufmarschgebietes vom Westen her genommen. Es war vielleicht der letzte Moment, daß die Rüstungstechnik und die weltpolitische Konstellation eine derartige Neutralisierung zuließen.

Diese beiden politischen Aktionen waren eine diplomatisch-politisch große Leistung. Sie hätten das Fundament der deutschen Außenpolitik auf Jahrzehnte hinaus bilden können. Den schwebenden Vertragsverhandlungen zwischen Frankreich und Rußland war Stresemann zugekommen. Er hatte Polen dadurch isoliert und sich einem einseitigen Optionsdruck nach Westen entzogen, ebenso wie er den Lockrufen aus dem Osten nicht gefolgt war.

Stresemann schaltete in seinen Kalkulationen die Möglichkeit eines von außen kommenden Krieges nicht aus. Er suchte sie aber auf ein Minimum durch seine Konstruktionen zu reduzieren. Noch im ersten Weltkrieg begeisterter Imperialist und gläubiger Bewunderer Ludendorffs, war er durch dessen Niederlage so erschüttert worden, daß er seitdem ein abgründiges Mißtrauen gegenüber allen Militärs und allem Militärischen hegte. Ludendorffs Versagen hat ihn den unerbittlichen Widerstand gegen die Einmischung des Militärs in die Politik gelehrt. Die Abrüstungsfrage hatte er selbst als eine sekundäre Angelegenheit behandelt. Er war ein liberaler Bürger, der politische Kunst und ökonomische Leistung als Faktoren der deutschen Staatsmacht in der Welt höher bewertete als die militärische Kraft.

Stresemanns großer Partner in Paris, Aristide Briand, seit 1925 wieder französischer Minister des Auswärtigen, dachte in manchem ähnlich wie jener. Beide waren aufrichtige Friedenspolitiker, doch der eine wollte auf den Preis des Sieges nicht verzichten, der andere sich der Lasten der Niederlage entledigen. Briand wollte Sicherheit, das hieß für die Deutschen der status quo von Versailles, Stresemann Gleichberechtigung, das bedeutete für Frankreich mit seiner sinkenden Bevölkerungskurve das Übergewicht des volkreichen, dynamischen Deutschlands. Hier lag der politische Gegensatz. Täglich dröhnte Trompetengeschmetter der Stahlhelmaufmärsche und Naziparaden über den Rhein. Den Franzosen war der Militärdienst selbstverständliche, bittere Pflicht; den Deutschen schien dieser eine Lust zu sein. Was würde sein, wenn Stresemann — schon zu Lebzeiten im eigenen Volk stark angefeindet — nicht mehr wäre? Hier lag der strategische Gegensatz. „Sie treiben durch Ihr Zögern die Jugend, die Massen in die Arme des Nationalismus“, mag der eine, „Sie betreiben durch Ihre übertriebene Forderungen meinen Sturz im Parlament“, der andere gesagt haben. Beide waren demokratische Staatsmänner, abhängig von parlamentarischen Abstimmungen und Volkswahlen Sie waren beide große Rhetoren, völlig verschiedener Art, beide verstanden sie virtuos, auf dem Instrument des Parlaments zu spielen. Aber sie waren keine Zauberer. Nur langsam folgte ihnen die Volksstimmung. Demokratien sind viel unelastischer in der Außenpolitik als Staaten, die allein in Händen der Regierenden liegen. Beide wurden gehemmt oder gedrängt von einer starken Opposition im eigenen Land. Hier lag der taktische Gegensatz.

Stresemann, nur mühsam sein stürmisches Temperament zügelnd, kämpfte um die Legitimierung der traditionslosen Republik, die 1919 in Versailles gescheitert war und die er durch außenpolitische Revisions-erfolge jetzt nachholen wollte. Briand, altersweise, behutsam, hatte einen

untrüglichen Instinkt, was er seinem Parlament und Volk zumuten konnte. Sie hatten beide Sinn für Konstruktionen zur Regelung außenpolitischer Dinge und waren des Ballspiels zwischen Forderung und Ablehnung müde. Gleich nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund trafen sich Briand und Stresemann in Thoiry bei Genf, um einen Weg für eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden. Frankreich wollte die besetzten Gebiete des Rheinlandes und des Saargebietes schnellstens räumen gegen eine sofortige Gesamtlösung des Reparationsproblems im direkten Verhältnis zwischen beiden Ländern. Voraussetzung war die Gewährung einer zusätzlichen Anleihe seitens Amerikas an Deutschland allein zu diesem Zweck. Der Plan scheiterte an der Weigerung der Vereinigten Staaten, an der Verärgerung Englands über diesen direkten Verständigungsversuch und an dem Widerstand, den beide zu Hause erfuhren. Die innerpolitische Folge dieses Rückschlages war, daß sofort die Opposition gegen Stresemann bis in die Reihen der Regierungsparteien, ja auch die der eigenen Partei sich ausdehnend stieg und versteifte.

Tatsächlich hatte Stresemann viel erreicht. Auf die Räumung der Ruhr und der Sanktionsstädte 1925 war im Januar 1926 die Räumung der ersten, der Kölner Zone, des besetzten Rheinlandes erfolgt. Durch das Luftfahrtabkommen vom Mai 1926 war das gesamte Zivilluftwesen, einschließlich des Flugzeug- und Zeppelinbaus wieder freigegeben. Im Januar 1927 wurde die interalliierte Militärkontrolle, die als eine der schwersten außenpolitischen Belastungen gewirkt hatte, eingestellt. In einem schweren diplomatischen Konflikt zwischen Rußland und England bat 1927 der britische Außenminister Chamberlain Stresemann als denjenigen, der das Vertrauen beider Länder genoß, um dessen Vermittlung. Zusehends wuchs das Vertrauen der Welt für Deutschland. Das zeigte sich nicht nur daran, daß alle großen, internationalen Probleme zunächst von Stresemann, Chamberlain und Briand behandelt wurden, ehe der Völkerbund sie beriet, sondern auch in den Milliarden-Anleihen, die das Ausland — in erster Linie Amerika — der deutschen Wirtschaft gewährte und die Anlaß zu einem ungeahnt schnellen und starken Aufstieg wurden. Die erbitterte Propaganda gegen Deutschland während des ersten Weltkrieges, die lange Jahre noch nachgewirkt hatte, schien überwunden. Stresemann erhielt zusammen mit seinem französischen und britischen Kollegen 1927 den Friedens-Nobelpreis in Oslo.

Im Völkerbund trat er beharrlich für den Schutz der deutschen Minderheiten ein. 1925 leitete er eine erfolgreiche, exportfördernde Handelsvertragspolitik ein und führte sie mit fast allen Abnehmerländern der Erde systematisch durch. Nie ging er über die eigenen, über Deutschlands Kräfte hinaus, dessen Schwäche er sicher kalkulierend in seine Rechnung einsetzte, aber stets suchte er die gegebenen Möglichkeiten mit vitaler Wachsamkeit auszunutzen.

Im Frühjahr 1929, nachdem auf Thoiry eine anderthalbjährige außerpolitische Pause gefolgt war, wurden die Reparationsverhandlungen wieder aufgenommen. Die Alliierten drängten nach endgültiger Regelung. Nur unter dieser Bedingung schien Frankreich zur Räumung der zweiten und dritten Zone bereit zu sein. Aus diesem Grunde wie auch in Erwartung einer Lastenminderung war auch Deutschland an der Wiederauflösung interessiert. Im August 1929 fanden die abschließenden Verhandlungen auf einer Konferenz im Haag statt. Stresemann, schwerkrank, schon vom Tode gezeichnet, rang erbittert mit Briand um die vollständige Aufhebung der Besetzung. England und Belgien erklärten sich zur Räumung der zweiten Zone bereit. Nur Briand zauderte. Stresemann drohte nicht nur, er beabsichtigte tatsächlich zurückzutreten. Unter Englands Vermittlung einigten sie sich auf die Räumung der dritten Zone in Jahresfrist; das bedeutete vollständige Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Auch wirtschaftlich wurde durch die neue Reparationsregelung Deutschland wieder Herr im eigenen Haus. Die jährlichen Zahlungen wurden herabgesetzt; dennoch blieben sie eine drückende Last.

Gemessen an der Zeit vor 1924 waren die außenpolitischen Erfolge Stresemanns groß. Aber sie wurden in der Bevölkerung nicht gewürdigt,

weil der Vertrag von Versailles mit den hohen Reparationsforderungen, der Rüstungsbeschränkung und der Trennung des Reichsgebietes im Osten durch den polnischen Korridor schwer auf dem Volk lastete. Es fehlte an politischer Geduld, die ohnehin dem Deutschen nicht liegt und in Sonderheit dem Rekonvaleszenten häufig überhaupt fehlt. Zwar wurde Hitler nur von einem kleinen Teil des Volkes beachtet. Aber um so systematischer und energischer wirkte mit der noch in keiner Weise abgenutzten Parole des Kampfes gegen Versailles auf die Meinungsbildung der gegenrevolutionäre Führer der Deutsch-Nationalen, Alfred Hugenberg, ein Mann der Schwerindustrie. Er verfügte mit deren Geld über den größten Pressekonzern und das bedeutendste Filmunternehmen im autoritären, antirepublikanischen Geist. Schwerindustrie und ostelbische Großlandwirtschaft hatten es verstanden, sich auch in der Demokratie eine zwar nicht wie im Kaiserreich beherrschende, so doch weit über ihren ökonomischen Bereich hinausgehende einflußreiche politische Stellung zu verschaffen, wozu ihnen mittelbar die Alliierten durch den Versailler Vertrag verholfen hatten. Die Rüstungsbeschränkung des Friedensdiktales gab der Schwerindustrie im Hinblick auf eine deutsche Wiederaufrüstung Anspruch auf besonderen Schutz, und die Landwirtschaft leitete diesen Anspruch aus ihrer Grenzlandposition in den durch Polen verstümmelten Ostgebieten her. Sie waren beide die größten Gegner der Republik und ihre stärksten Nutznießer zugleich. Über sie hielt die Reichswehr ihre schützende Hand aus Rüstungsüberlegungen und dank traditioneller Beziehungen des Offizierkorps zu ihren Kreisen.

So wuchs der innerpolitische Widerstand gegen Stresemanns Außenpolitik. Das wirtschaftliche und finanzielle Problem der Reparationen und das taktische Verfahren seiner Behandlung war eine so komplizierte Materie, daß sie von den Massen nicht verstanden werden konnte, aber gerade deswegen in Händen der Demagogen ein umso wirksames Instrument der Aufreizung der Massen vor. Dabei war keineswegs die Arbeiterschaft, die durch Gewerkschaft und sozialdemokratische Partei wohl disziplinierte, Gegner dieses ausgesprochen bürgerlichen Politikers, sondern die Gegner saßen in dem weiten Bereich seiner eigenen Reihen. Das Bewußtwerden der außenpolitischen Erfolge im Volk mußte zu einer politischen Legitimierung und Befestigung der Republik führen. Die aber wollte man nicht. So forderte man auf der Rechten mehr, nicht, weil man wußte, daß man dieses Mehr durch eigene Außenpolitik erhalten würde, sondern um Stresemann, die Republik und damit die Demokratie zu diffamieren.

Am 3. Oktober 1929 starb Stresemann. Er war nicht nur der Deutsche des höchsten Ansehens seiner Zeit im Ausland, sondern hatte auch in der Innenpolitik starkes Gewicht. Er war der eigentliche Konstrukteur aller wechselnden Regierungskoalitionen gewesen. Gleich nach seinem Tode fiel die Regierungskoalition auseinander, letztlich weil die Kraft fehlte, die sie zusammenhielt oder die eine neue zu schaffen vermochte.

Stresemann hatte die deutsche Innenpolitik in allen Bereichen den Belangen der deutschen Außenpolitik untergeordnet und sie nach jener ausgerichtet. Neben seiner parlamentarischen Virtuosität lag in diesem, vielleicht bis zu einem gewissen Grade situationsbedingten Verfahren das Geheimnis seines Erfolges, aber auch zugleich die Schwäche seiner Politik.

Stresemann wußte, was Regieren bedeutet, sowohl gegenüber dem Parlament als auch der eigenen Partei. Er respektierte die regulierende sowie kontrollierende Kraft und Aufgabe der Volksvertretung, aber er erwartete nicht von ihr politisch-schöpferische Impulse. Er stellte sie immer wieder vor die Entscheidung, selbst bereit, jeden Tag zu dimissionieren. Aber er machte ihr keine Konzessionen im grundsätzlichen. Und ebenso setzte er sich mit seiner eigenen Partei auseinander, im Notfall bereit, den Vorsitz niederzulegen und die Mitgliedschaft aufzuheben.

In Stresemann verband sich ein echtes, wenn auch nach hartem Ringen erworbenes demokratisches Bewußtsein mit einer wirklichen Führungsbegabung.

HANS ROTHFELS

Das politische Vermächtnis des deutschen Widerstands

Nach einem Vortrag, der aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944 auf einer Wochenendtagung der Evangelischen Akademie Berlin und an der Universität Tübingen gehalten wurde. — Der Vortrag ist enthalten in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ II, 4. Wiedergabe erfolgt mit Erlaubnis der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart.

Es mag naheliegen, die geschichtliche Besinnung, um die es uns in diesen Tagen geht, anzuknüpfen an einen anderen Anlaß ernstesten Gedenkens, der nur wenige Wochen zurückliegt: der 17. Juni und der 20. Juli sind eigentümlich zugeordnete Daten. Beide Male hat es sich um Auflehnung gegen angemaßte Gewalt gehandelt, was immer ihre legalistischen Verkleidungen oder fiktiven Legitimierungen gewesen sein mögen oder sind, im äußeren — bei aller Verschiedenheit der Ausdrucksformen — um das gleiche entschlossene und auf alle Konsequenzen gefaßte Angehen gegen ein System, das man als feindliche Besatzung charakterisieren kann, auch wenn es von Menschen des eigenen Volkes ausgeübt wurde oder wird. Beide Male aber ging es darüber hinaus und im innerlichsten Kern um die Selbstbehauptung der Freiheit und Würde des Menschen im Konflikt mit einer entmenslichenden und entwürdigenden Machtapparatur, um Gewissensprotest oder um den Durchbruch eines Unbedingten, das nicht an der Chance des Erfolges mißt oder zu messen ist. Es ging um die Grenze des Zumutbaren, an der sich zeigt, daß — was immer der Anschein des Gegenteils — totalitäre Regime neben der äußeren auch starke innere, durch keinen Terror abschreckbare Fronten gegen sich auf den Plan rufen — selbst wenn sie mit populären Winden oder als Nutznießer großer Zusammenbrüche zu segeln scheinen —, Fronten über Landesgrenzen, erst recht über künstliche Zweiteilungen eines Landes hin. Schon aus diesem flüchtigen Vergleich wird deutlich werden — mindestens an einem zentralen Aspekt, daß die Besinnung auf den 20. Juli und seine geschichtliche Bedeutung nicht nur Ausdruck einer rückwärtsgewandten Pietätspflicht der Erinnerung an edle und opferbereite Menschen ist — so sehr sie gewiß auch das einschließt und auf nachdrücklichste einschließen soll —, sondern zugleich dem Heute und Morgen gilt, d. h. Problemen, die in der einen oder anderen Form noch mit uns sind und nach dem Charakter unserer Epoche mit uns bleiben werden. Sie gilt ja Problemen, die an das Zeitlose rühren, wengleich sie zeitweise in Perioden scheinbarer Normalität und Sekurität, eines noch unerschütterten nationalstaatlichen Aufbaus und einer noch unerschütterten bürgerlichen Gesellschaftsordnung, überdeckt gewesen sein mögen oder in Perioden der Restauration von neuer Selbstzufriedenheit und Scheinsicherheit aus dem Bewußtsein verdrängt zu werden drohen.

Damit ist dann freilich auch gesagt, daß in der Linie dieser Besinnung mehr liegt als eine kurzfristige und willkürlich aktualisierende Anwendung nur auf Verhältnisse der Sowjetzone oder die jenseits des Vorhangs; — das würde aus dem Vermächtnis des 20. Juli uns allzuleicht entlassen und eine Warnung wegnehmen gegen so manche Erscheinung unseres eigenen täglichen Daseins. Und doch wird man in einer Vorbetrachtung dem Vergleich mit dem 17. Juni vielleicht noch ein Stück weiter nachgehen dürfen. Es ist mit Recht gesagt worden¹⁾, daß es sich an diesem und den folgenden Tagen — wohl zum ersten Mal in der Geschichte — um einen Aufwand von disziplinierten und gewerkschaftlich geschulten Arbeitern gegen ein System gehandelt hat, das seinen Anspruch auf weltweite Gültigkeit aus einer Revolution eben der Arbeiter herzuleiten behauptete, — um einen Aufstand von Sozialisten gegen die Pervertierung

gen des Sozialismus. Bei der Herabreibung von Sowjet-Emblemen und von Bildern der eigenen und der fremden Machthaber, wie sie in vielen Städten Mitteldeutschlands geschah, blieben bezeichnenderweise die Bilder von Karl Marx unberührt. Hält man sich an das Grundsätzliche, so wäre vom 20. Juli, oder besser von den Bewegungen, für die dieses Datum stellvertretend steht, ebenso zu sagen, daß sie nicht von professionellen „Widerständlern“ oder gar von asozialen oder anarchistischen Elementen getragen waren, sondern weithin von Gruppen von Menschen, die in den Traditionen, vielleicht sogar den Konventionen, staatlicher und nationaler Bindung besonders stark verwurzelt waren, von Beamten und Offizieren zumal, übrigens auch von überzeugten Sozialisten und bekennenden Christen, die nichts weniger als der Brüderlichkeit entfremdet waren. Sie alle wandten sich, indem sie die sozusagen normalen und nächstliegenden Loyalitäten durchbrachen, im Grunde gegen jene verhängnisvollen Pervertierungen, die jede Form politischen und sozialen Gemeinschaftslebens unter der verführerischen Doppelparole eines „nationalen Sozialismus“ erfahren hatte. Auch dabei blieben die echten Bilder unberührt.

Indem die äußere Zuordnung der beiden Daten solche vergleichenden Betrachtungen nahelegt, wird man freilich die tiefen Unterschiede, die hier doch bestehen, keinen Augenblick übersehen wollen und von da aus auf andere, wesentliche und spezifischere Aspekte im Vermächtnis des deutschen Widerstands hingeführt werden. Schon die Worte, die wir gebrauchen, sind bezeichnend für das Andersartige und Einmalige der jeweiligen geschichtlichen Wirklichkeit. Der 17. Juni war ein Aufstand, der ausbrach, spontan ausbrach, wie wir mit Sicherheit sagen können; Widerstand hingegen ereignet sich oder wird geleistet. Ein Aufstand, so ist mit Recht bemerkt worden²⁾, vollzieht sich im elementaren Bereich der Politik, der Widerstand vielmehr im sittlichen und religiösen Bereich. Oder, wie Ernst Jünger aus der Kenntnis vieler Beteiligten im Frühjahr 1944 in sein Tagebuch schrieb: „Man sieht dann auch, daß die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische“. Damit soll in keiner Weise gesagt sein, daß es der Erhebung des 17. Juni an ethischen Motiven, an den sittlichen Grundkräften des Menschlichen gefehlt habe, noch auch, daß der Widerstand gegen Hitler frei gewesen sei vom Elementaren und Politischen. Politisch war zunächst ohne Zweifel die Opposition, die 1933 und in den ersten Jahren darnach von Anhängern jener Parteien wesentlich getragen wurde, die auch vorher schon die eigentlichen Verteidiger der Republik von Weimar gewesen waren. Aber ihre aktivsten Führer verschwanden hinter Zuchthausmauern und Stacheldraht oder mußten über die Grenze weichen. An Versuchen der Exilsgruppen — vom Ausland her und mit den Mitteln unterirdischer Propaganda — den Kampf fortzusetzen, hat es nicht gefehlt. Die Entdeckung indessen ließ in aller Regel nicht lange auf sich warten, und die Opfer waren schwer. So kam diese Art der Agitation und damit der direkte politische Angriff zum Erliegen. An die Stelle trat etwa seit 1935 eine Cadrebildung, bestimmt die Zellen des Widerstands besonders in der Arbeiterbewegung zu retten und zu schulen, vor allem von alten Gewerkschaftlern getragen, mit Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser an ihrer Spitze. Es waren das Formen

¹⁾ Bezugnahme auf einen von Hermann Heimpel zum Gedenken des 17. Juni in der Aula der Tübinger Universität gehaltenen Vortrag.

²⁾ „Christ und Welt“, VII, Nr. 25 (24. Juni 1954).

politisch-oppositioneller Organisation, die mehr in die Breite und Tiefe drangen, als man gemeinhin wahrhaben will, wenn man je nach Standpunkt von der „Elite“ des Widerstands oder seinem beschränkten und „exklusiven“ Gruppencharakter spricht. Aber ein solches Bereitstehen für den Tag der Abrechnung reicht allerdings nicht ins Elementare hinein und konnte es nach allen Voraussetzungen des totalen Staates nicht tun. Es galt schon lange vor dem Krieg, was Leuschner bei seinem Ausbruch an einen englischen Gewerkschaftler übermitteln ließ: „Wir sind Gefangene in einem großen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genau so Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwer bewaffneten Aufseher erheben würden“.

Und dennoch ist es, wie wir wissen, zu elementaren Ausbrüchen gekommen, unter jungen Menschen zumal, die ihrer Empörung Worte verliehen oder Kompromisse verwarfen. Die Witwe Julius Lebers — selbst ein elementar-politischer Mensch — hat in dem schönen Buch, das unter dem Titel „Das Gewissen steht auf“ zum 10jährigen Gedenktag des 20. Juli erschienen ist, einige Beispiele dieser Art festgehalten, in ergreifenden Zeugnissen wie im Bild menschlicher Antlitze. Auch die Geschwister Scholl und ihre Freunde gehören hierher. Die Münchner Studenten werden schwerlich angenommen haben, daß ein spontaner Aufstand von ihrer Seite allein den Lauf der Dinge ändern werde, sie folgten einem inneren Gesetz, das ihnen nicht erlaubte, die Hände in den Schoß zu legen. „Der deutsche Name“, so hieß es im letzten Flugblatt der „Weißen Rose“, „bleibt für immer geschändet, wenn nicht die deutsche Jugend endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.“ Kein Gedenken des 20. Juli wird an diesem Aufbruch junger Menschen vorübergehen wollen, der spontan war und sich ganz unmittelbar zum Ziele streckte, mit instinktsicherer Ablehnung menschlicher Entwürdigung und in der Empörung, nur als Mittel verbraucht zu werden. Hier greift man etwas von dem Urgestein des Elementaren, das doch auch in jedem Entschluß zum Widerstand steckt. Gewiß haben auf diesen Entschluß ältere Menschen Einfluß geübt, das Elternhaus, die Worte mutiger Männer wie die Preigtenen des Bischofs von Galen; an der Münchner Universität dann vor allem Professor Huber, der einer der Hingerichteten gewesen ist. In seinem letzten Brief hat er geschrieben, daß der Tod die „Reinschrift“ seines Lebens sei. Es ist das eine Haltung, die man heute existentialistisch nennen würde. Auch in den Flugblättern, die Hans Scholl und seine Freunde verfaßten und vervielfältigten, finden sich solche hintergründigen metaphysischen Töne. „Überall und zu allen Zeiten“, heißt es da, „haben die Dämonen im Dunklen gelauert auf die Stunde, da der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im ordo eigenmächtig verläßt, da er dem Druck des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung loslöst und so nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten und immer mehr getrieben wird, mit rasender Geschwindigkeit.“ Aber diese jungen Menschen, die mit der gleichen Hingabe wanderten und sangen, lasen und spielten, mit der sie zum Opfer bereit waren, sie werden nicht geglaubt haben, daß das Leben ein dem Tode Vorauslaufen sei und erst durch ihn Wirklichkeit werde. Sie handelten aus dem Ganzen des ihnen grade sich entfaltenden Lebens und um seiner Heiligkeit willen. Sie waren weder Fanatiker noch Sektierer: mit einer freudigen Aufgeschlossenheit zu allem Guten und Schönen und doch in einer unerschütterlichen Gradlinigkeit sind sie ihren Weg gegangen — durch lauende Gefahr und schwere Erprobung — bis in einen gefaßten, ja frohgemuten Tod hinein, — „als schaue sie in die Sonne“, wie es von Sophie, — „ohne Haß — mit allem, allem unter sich“, wie es von Hans Scholl bezeugt ist.

Man wird in solcher Haltung durchaus ein politisches Vermächtnis erblicken dürfen, so sehr sie aus der Ebene sogenannter realpolitischer Betrachtung herausfällt. Sie wiederholt sich im Prinzipiellen in vielen Männern des Widerstandes aus der mittleren und der älteren Generation: sowohl im Gedanken stellvertretender Reinigung und Sühnung, den Persönlichkeiten so verschiedener Art wie v. Hassell und v. Tresckow, Planck und Goerdeler in fast gleichlautenden Worten ausgesprochen haben wie auch in der Transzendenz der Todesstunde. Daß so gestorben wurde, wie es etwa Graf Lehdorff-Steinort in dem Abschiedsbrief an seine Frau ausgedrückt hat, nachdem „alles Alte gewaltsam von uns gerissen“ sei, damit man eine „neue Kreatur“ werde, oder indem nach den

Worten Halems der „Vordergrund des Ich so schattenhaft zu werden beginnt“, nach Überwindung „der letzten kleinen Unruhe“, die „den Baumwipfel erfaßt, ehe er stürzt“, weiterhin daß gehandelt wurde, in einem Moment, als noch einige Aussicht zu bestehen schien, das Äußerste für Deutschland und Europa zu vermeiden, und doch gehandelt wurde vor allem, um unter Beweis zu stellen, daß das deutsche Volk sich selbst zu befreien und sich von Verbrechen loszusagen wünsche, die täglich und stündlich in seinem Namen begangen wurden, — all das sind nicht nur menschlich ergreifende Züge des deutschen Widerstands gewesen sondern war auch ein echtes politisches Aktivum, vielleicht das eigentliche „deutsche Wunder“, das über der äußeren Wiederherstellung nur zu leicht in Vergessenheit gerät.

In der Tat haben nicht Fußballsiege und Mercedeswagen sondern, das Handeln und Sterben der Männer des 20. Juli die „Ehre des Landes“ wiederhergestellt. Um das zu ermessen, wird man sich noch einmal gegenwärtigen müssen, wie damals Deutschland gesehen wurde, in den Ländern der Kriegsgegner, aber auch der Neutralen: als der monolithische Block, den Hitler zusammengeschießt zu haben vorgab³⁾. Noch Anfang Juni 1944 schrieb die „Berner Tagwacht“: „... Die ‚zwei Deutschland‘ existieren nur in den Wunschträumen unverbesserlicher ‚Weimarer‘, die selbst zu tief im Nationalsozialismus drinstecken, ... um sehen zu können, daß Hitler die grade Fortsetzung der Linie Friedrich II. — Bismarck — Wilhelm II. ist“. Und fünf Tage vor dem 20. Juli stellte die „Basler Nationalzeitung“ fest: „Es scheint der nationalsozialistischen Propaganda tatsächlich gelungen zu sein, sämtliche Schichten des deutschen Volkes zu einer festen Einheit zusammenzuschmieden.“ Es fällt für unsere Betrachtung nicht ins Gewicht, daß man es besser hätte wissen können und daß auf Grund zahlreicher Kontakte insbesondere in verantwortlichen Kreisen der angelsächsischen Länder eine sehr genaue Kenntnis des „anderen Deutschland“ bestand, die man nur nicht wahrhaben wollte. Es können ebenso die vielfältigen Ursachen beiseite bleiben, weshalb man offiziell an der Fiktion der Identität zwischen Deutschen und Nationalsozialisten, also an Hitlers eigener These wie auch später dann an seinem Versammlungsurteil über „die kleine reaktionäre Clique“, so zäh festgehalten hat. Tatsächlich haben erst der 20. Juli und die auf ihn folgenden Prozesse diese Gespinste zerrissen, — auch das nur teilhaft und mit wiederholten Rückschlägen auf lange hinaus. Erst 1947 sagte Churchill in einer Rede im Unterhaus mit verspäteter Einsicht von der deutschen Opposition, daß sie „zu dem Edelsten und Größten gehört, was in der Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde ...“ Und es hat 8 Jahre gedauert, bis die „Neue Züricher Zeitung“, nunmehr in fast völliger Umkehr ihres früheren Urteils über die Unerheblichkeit des deutschen Widerstands⁴⁾ — die Art und Weise, wie sich das gegenwärtige Deutschland mit dem 20. Juli auseinandersetze — übrigens nicht unbe-rechtigt — zum Maß für den Reifegrad seiner politischen Einsicht erhob.

Wir werden weder in der einen noch in der anderen Richtung unsere Würdigung vom ausländischen Urteil abhängig machen wollen, ganz gewiß nicht vom einem, das durch keine vergleichbaren Erprobungen hindurchgegangen ist. Aber wer sich den Blick auf die offenbarste Wirklichkeit dessen, was im Dritten Reich geschehen ist, nicht durch Ressentiments und enge Selbstgerechtigkeit oder durch die Gegenbilanzen wie die Ablenkungsmanöver eines Salomonschen „Fragebogens“ oder eines Kleistschen „Auch Du warst dabei“ vorstellen läßt, wird anerkennen müssen, daß im internationalen Zusammenhang zunächst eine deutsche Rehabilitierungsaufgabe bestand und besteht, so wie die Männer und Frauen des deutschen Widerstands sie sahen. Ihre eigene Haltung ist für uns allein schon um dieses Zusammenhangs willen, und zwar in den Motiven des Handelns wie in der Art des Sterbens, im Grunde ein innerlich wesentlicherer Aktivposten, als es die — gewiß auch wichtige — äußere Wiedergutmachung oder politische Stabilisierung und wirtschaftliche Prosperität je zu sein vermögen werden. Dem Vansittartschen und Morgenthauischen Bild des „ewigen Deutschen“ kann ein anderes entgegengestellt werden, wirklich im Ewigen verwurzelt und im Martyrium bezeugt. Zu einem solchen Vermächtnis des Menschentums in extremis sollten wir uns rück-

³⁾ Die im folgenden zitierten Schweizer Presse-Außerungen nach einer vor dem Abschluß stehenden Tübinger Dissertation von Ernst Otto Maetzke.

⁴⁾ Immerhin sei nicht vergessen, daß die N.Z.Z. trotz ihrer bisherigen Haltung schon im Juni 1945 (Nr. 979 u. 983) ihre Spalten für 2 Artikel eines Überlebenden des 20. Juli (Eugen Gerstenmaier) öffnete.

haltlos bekennen, so wenig es in der wieder „normal“ gewordenen Alltäglichkeit des Lebens Platz zu haben scheint. In der Tat wirkt es nicht nur in Fragen der deutschen Zukunft unübersehbar hinein, sondern kann mit weiten Perspektiven über Europa und Asien hin sich verknüpfen. Indem er auf den Grafen Moltke und sein bezeichnendes Wort von der „Wiederaufrichtung des Menschenbildes“ als des eigentlichen Anliegens des deutschen Widerstands exemplifiziert, schreibt George F. Kennan in seinem Buch über amerikanische Diplomatie, es werde von Männern dieser Art abhängen, ob die Zukunft der Länder „von der Elbe bis zur Behringstraße“ je wieder eine glücklichere sein würde.

Freilich die letzten moralischen Positionen, von denen bisher die Rede war, sind oft erst langsam und mühsam errungen worden, — auf einem Weg, der durch Bedenken mancherlei Art und einen Konflikt der Pflichten hindurchgeführt hat. Mit Bezug darauf wird sich die Frage mangelnder Elementarität in der Tat stellen lassen. Auch da liegt indessen die Gefahr eines Verkennens nahe genug. So hat der britische Autor Wheeler-Bennet noch in seinem Buch von 1953 über das Verhältnis zwischen Wehrmacht und Politik bemängelt⁵⁾, daß etwa bei der durch Oberst Hoßbach überlieferten Besprechung des 5. November 1937, in der Hitler zuerst seine Angriffspläne enthüllte, die anwesenden Führer des Heeres und der Marine, wie auch Herr v. Neurath, ihre Einwendungen nur technisch-ressorthaft, also politisch-militärisch, nicht aber moralisch begründeten. Das gleiche glaubt er bei Beck, der den Wortlaut der Hoßbach-Aufzeichnung erst später kennenlernte, feststellen zu müssen. Man kann die konkrete Situation wohl nicht stärker mißverstehen, als wenn man den Ausbruch sittlicher Empörung in einer „Führerbesprechung“ vermißt, und wer will sich anmaßen, in das Innere schweigsamer Menschen hineinzusehen oder in Becks grade damals gezogener Folgerung über die „Grenze des soldatischen Gehorsams“ neben der unbestechlichen Einsicht in das Frivol-Abenteuerliche das Moment des elementaren Durchbruchs zu verkennen.

In der Tat wird man bei jeder näheren Untersuchung der echten Widerstandsbewegungen, irgendwie und irgendwann, früher oder später, auf moralische Auflehnung gegen das Böse schlechthin, auf Empörung gegen das Unmenschliche, als Grundmotiv stoßen und damit in allen wesentlichen Fällen eben doch auf mehr als ressorthaften, d. h. auf totalen Widerstand gegen ein totales System. Das gilt in gewissem Sinne schon von allen denen, die sich persönlich integer hielten; deutlicher noch von den an Zahl nicht geringen Einzelnen oder locker organisierten Gruppen, die sich unschuldig Verfolgter annahmen oder Verfehmten Menschlichkeit bezeugten. Sie taten nichts Sensationelles, so sehr es etwas Gefährliches war, nichts, was das Regime unmittelbar angriff; sie hatten kein politisches Ziel außer dem, den ununterdrückbaren Forderungen der Humanität nachzuleben, aber eben damit richtete sich ihre oppositionelle Tätigkeit gegen den zynischen und menschenverachtenden Kernbestand der herrschenden Doktrin. Es gilt ebenso von den Mitgliedern wissenschaftlicher und künstlerischer Kreise, die sich der Sprachregelung nicht unterwarfen und deren Widerstand nach der Natur alles Geistigen auf die tief demoralisierende Wirkung der Tyrannei gerichtet sein mußte. So beschwor Ernst Wiechert in einer Ansprache an die deutsche Jugend, die er 1935 an der Münchner Universität hielt, seine Zuhörer nicht zu schweigen, wenn das Gewissen zu reden befiehlt, weil „nichts das Mark eines Mannes so zerfrißt wie die Feigheit“. Es gilt erst recht von den breiten Schichten der Ergriffenen innerhalb beider Kirchen, bei deren Opposition ganz offenbar die Verteidigung des eigenen Bereichs, also des Evangeliums, gegen den Einbruch des Neuheidentums voranstand, die dann aber fortgeschritten über den Angriff auf die rassendogmatische Umdeutung des Christentums zum Angriff auf die wesenhaften Züge des Systems im ganzen: auf die Vergöttlichung eines sterblichen Mannes, auf die Mißachtung der Heiligkeit persönlichen Lebens und die Verspottung elementarer Rechtsbegriffe. Mit gutem Grunde betonte ein Hirtenbrief der deutschen Bischöfe, daß sie nicht nur für religiöse und kirchliche Rechte eintreten, sondern auch „für menschliche Rechte schlechthin“.

So sehr man Ursache hat, im geschichtlichen Rückblick immer wieder dies zentrale Motiv zu betonen, und so sehr es grade für das bleibende und gültige Vermächtnis des religiösen Widerstands spricht, daß er nicht unmittelbar politisch war sondern vom innerlichsten Anliegen her fast

ungewollt, jedenfalls untendenziös, in das Ganze des staatlichen und gesellschaftlichen Gefüges hineingriff, so wenig wird man bestreiten wollen, daß es Lauheiten und Halbheiten gab — auch im Kirchenkampf, daß es dem Blutbad des 30. Juni 34 oder dem Empörenden in der Intrige gegen den Generaloberst Fritsch oder den Novemberpogromen des Jahres 1938 an elementarer Antwort durchaus gefehlt hat und daß es bei einem bestimmten Typus des Widerstands sich allerdings um den des Fachmanns handelte, sei es daß er sich gegen eine unsinnige Finanzierungspolitik oder eine friedensgefährdende, illusionistische Diplomatie oder eine dilettantische Kriegsführung richtete. Von einer so teilhaften Opposition war es schwer, zum Entscheidenden und Ganzen vorzustoßen. Das galt von manchen Kreisen, die dem staatlichen und militärischen Machtapparat besonders nahe standen und auf deren Haltung daher besonders viel ankommen mußte. Sie waren weithin oppositionell, voller Kritik an verbrecherischen Mißgriffen im eigenen Ressort, ohne doch gegen das Prinzip des Verbrecherischen selbst anzugehen und darin den Grund zum Handeln zu finden. Aber daß es Fälle gab, in denen es — wenn auch spät — zu diesem Durchstoß kam wie etwa bei Rommel, ja in denen die Opposition des Fachmanns erst geschichtliche Tragweite erlangte auf der Grundlage einer vorherigen, tiefen und allgemeinen Erschütterung gewohnter Vorstellungen, wird ebensowenig zu bestreiten sein. Ein gutes Beispiel dafür bieten die erst kürzlich bekannt gewordenen Briefe des Generalmajor Stieff⁶⁾. Er schloß sich der Verschwörung erst im Sommer 42 an, sein Entschluß erwuchs zum Teil aus der Erfahrung in leitender Stellung an der russischen Front, als Ia bei der vierten Armee im Winter 41/42, also aus der Empörung über unverantwortbares militärisches Handeln. Aber dem ging eine andere Erfahrung voraus, gleich zu Beginn des Polenfeldzugs und im Anblick verbrecherischen Menschentums. Sie preßte ihm den Satz in die Feder: „Ich schäme mich ein Deutscher zu sein.“

Es sind das Worte, die viele heute nicht gern mehr hören mögen, und niemand wird wünschen, unnötig in Wunden zu wühlen. Aber wenn es eine Voraussetzung seelischer Gesundheit ist, sich auch peinlichen Wahrheiten zu stellen, und wenn der nationalpolitische Wert geschichtlicher Besinnung sich mit an der Bereitschaft bemißt, Unangenehmes zu sagen oder dem Vergessenwerden zu entreißen, so gehört dieser Ausbruch der Scham bei einem höheren Offizier mitten im Siege allerdings auch zum politischen Vermächtnis des deutschen Widerstands. — Zudem knüpfen sich hieran andere Erwägungen allgemeinerer Art. Man hat oft gesagt, insbesondere im außerdeutschen Schrifttum, daß die deutsche Generalität bereitwillig mit dem Regime gegangen sei, solange die Aufrüstung große berufliche Aussichten eröffnete und insbesondere solange Siege geerntet wurden oder der Endsieg zu winken schien. Das trifft auf viele Einzelfälle ohne Zweifel zu; auch ist einzuräumen, daß es schwer sein mußte und in der kämpfenden Truppe kaum Resonanz finden konnte, wenn eine Offiziersopposition sich den zunächst ja atemberaubenden Erfolgen des Führers entgegenstellte, — auf einem Weg noch dazu, der mindestens zu Anfang als Revision gewisser Fehlentscheidungen von 1919 gelten konnte. Eine vielfältige Schicht von Motiven sehr verschiedener Art und Wertigkeit mochte sich hier querlegen⁷⁾. Man kennt die Kritik an den Karriere-machern und Ordenssternjägern oder auch denen, die prinzipiell bereit, aber aus an sich pflichtmäßigen Erwägungen nicht entschieden waren, eine Kritik, wie sie gerade von seiten der deutschen Opposition in Schlabrendorffs Buch und Goedelers Briefen, in den Aufzeichnungen v. Hassells oder Ludwig Kaisers so schneidend geübt worden ist. Im Siege könne man nicht Revolution machen, so ist wohl gesagt worden, man müsse den Umschwung abwarten, womit dann freilich ein anderes und schwereres Dilemma sich ergeben sollte.

Ehe auf das Problem von „Widerstand und Niederlage“ einzugehen ist, wird eines indessen festzustellen sein, was auch Teil des Vermächtnisses ist und in Zukunftsentscheidungen über die „Grenze des soldatischen Gehorsams“ einmal wieder bedeutsam sein mag. Es gab grade in der höheren militärischen Führung der Männer genug, die abseits aller Opportunität auf einem Standpunkt standen oder früh sich zu ihm durch-

⁵⁾ Vgl. Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, II. 3 S. 290 ff., insbes. S. 300.

⁷⁾ Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Geschichte der Widerstandsbewegung in der Phase zwischen dem Polenfeldzug und dem Angriff im Westen. Vgl. dazu die kürzlich veröffentlichte Dissertation von Erich Kosthorst (Beil. z. Wochenzeitung „Das Parlament“, B XXVI u. XXVII, 7. u. 14. Juli 1954).

⁶⁾ Vgl. John W. Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power. The German Army in Politics. 1918—1945* (London 1954), 361. 392.

gerungen hatten, auf dem nur noch die Stimme des eigenen Gewissens Richter war: die Beck und Stülpnagel, die Witzleben und Hoepner, die Falkenhausen und Tresckow, die Canaris und Oster, die Hofacker und Stauffenberg. Sie haben zum Teil schon den Weg zum Kriege bekämpft oder durch eine innere Erhebung abzufangen gesucht, und zwar nicht nur, weil es nach ihrer besseren Einsicht zur Niederlage Deutschlands führen werde; auch setzte ihrer aller Widerstand und der vieler anderer nicht erst ein, als die Phase des Erfolges abgelaufen war. Sie haben sich dem Verbrecherischen, das dieser Politik wie dieser Kriegführung im ganzen eigen war, entgegengestellt.

Entsprechendes wäre von der diplomatischen Opposition zu sagen, der vor allem der englische Historiker Namier in seiner übertriebenen und pharisäischen Kritik an den im Dienst Gebliebenen Unentschlossenheit und Zweideutigkeit vorgeworfen hat⁸⁾. Gewiß, Herr v. Weizsäcker und die Männer der Wilhelmstraße, die ihm nahestanden, sind aus einer Politik, die sie mißbilligten, nicht frontal ausgebrochen. Sie suchten in ihrem Rahmen den Frieden zu wahren oder mindestens als „Bremser“ den Ausbruch des Krieges herauszuschieben, wozu das Hereinbringen von Einzelerfolgen und die Auflösung festgefahrener Situationen mit den konventionellen Mitteln der Diplomatie durchaus gehörte. Aber daneben läuft eine andere sehr unkonventionelle Linie. Sie beginnt während der tschechischen Krise im August/September 38, als auf eine Vorsondierung durch Herrn v. Kleist-Schmentzien in London⁹⁾ ein Aktion Weizsäckers folgte, die im Einvernehmen mit Beck und Canaris unternommen war und durch die Erwirkung einer entscheidenden englischen Stellungnahme und damit durch das Klarstellen der Kriegsgefahr die Voraussetzung für den inneren Staatsstreich schaffen sollte. Diese Art indirekten Handelns setzt sich fort bis zum Kriegsausbruch hin. Sie hat im entscheidungsvollen März 39 durch Warnungen aus Berlin die „letzte Unze“, wie man wohl gesagt hat, beigetragen zum englischen Entschluß der Garantie an Polen, von der die deutsche Opposition eine Abschreckung Hitlers hoffte. Und sie hat durch bewußte Indiskretionen den Vollzug des deutsch-sowjetischen Pakts zu hintertreiben gesucht, mit dem der Janustempel ja in der Tat sich öffnete. Es braucht hier nicht erörtert zu werden, warum und woran all dies scheiterte. Entscheidend ist doch auch hier, daß ein Durchbruch durch traditionelle nationalstaatliche und beamtenmäßige Bindungen geschah, daß eine Diplomatie gegen ihre eigene Regierung und für die Erhaltung des Friedens kämpfte, weiterhin daß sie es tat, nicht nur weil sie vom Angriff eine Katastrophe Deutschlands erwartete, sondern um einer menschenwürdigen Ordnung zwischen den Völkern willen, im Sinn europäischer Verantwortung und mit dem für uns wieder so aktuell gewordenen Wunsch nach einer internationalen Friedensfront gegen das drohende Chaos. Dies Hinübergreifen über Grenzen war ein durchaus neuer und bedeutsamer Ansatz, ein Vorspiel — mehr vielleicht noch zum „Morgen“ als zum „Heute“. Wie Adam v. Trott zu Solz es im Winter 39 in einem noch unveröffentlichten Brief an einen englischen Freund voraussah: Unser Kampf . . . „ist eine elementare Notwendigkeit geworden für das Leben Europas als eines Ganzen, wenn anders unsere Einzelländer und was an ihnen erhaltenswert erscheint, überleben sollen“.

Hier rühren wir noch einmal an das Problem des Elementaren. Man kann gewiß fragen, ob bei den Führern des militärischen wie des diplomatisch-politischen Widerstands der Klarheit der Einsicht und der moralischen Unantastbarkeit die Kraft und Massivität des Willens entsprach. Es waren das ja Männer, denen keine andere Rolle von Haus aus so wenig lag und so wenig an der Wiege gesungen worden war wie die des Revolutionärs und Verschwörers. An brutaler Vitalität war ihnen der innere Gegner gewiß überlegen. Man braucht nur die Rede Himmlers an die Gauleiter zum 20. Juli zu lesen, um dessen gewahr zu werden, auf wie verschiedenen Ebenen nicht nur des Menschentums, sondern auch fanatischer Entschlossenheit, sich dieser Kampf abgespielt hat. Aber für die Männer der mittleren Generation, die Leber und Mierendorff, die Reich-

wein und Hanbach, die Oster und Dohnanyi, die Trott und Haefthen, die Schulenburg und Schwerin-Schwanenfeld, die York und Stauffenberg, — für Sozialisten, Konservative und Christen, wenn nicht fanatischer so doch radikaler Art, würde der Abstand schon etwas anders zu formulieren sein. Nicht an Bedenklichkeit jedenfalls und Mangel an Einsatz oder an technischen Fehlern dilettantischer Verschwörer, wie man wohl lesen kann, und nicht am Widerstand gegen den Widerstand ist die Reihe der Anschläge bis zum 20. Juli und der dieses Tages selbst gescheitert. Auch da ist noch mancher Irrtum zu bereinigen. Mit Recht hat Eberhard Zeller in seinem Buch „Geist der Freiheit“ den Einwand abgewehrt, Stauffenberg habe, statt andere zu opfern, sich selbst mit in die Luft sprengen und so den Erfolg sicherstellen sollen. Es gibt, so möchte man sagen, auch eine Elementarität des Sich-Leichter-Machens im Sinne dessen, was man militärisch die Desertion nach vorwärts nennt.

Überhaupt aber öffnet sich mit dem Gedankenschweren, dem Durchlebten und Durchdachten, das auch den zur Tat entschlossensten Männern anhaftete, eine andere Dimension, in der wir das Vermächtnis des Widerstands noch aufzusuchen haben. Es ging ja nicht nur um die unmittelbare Reinigungstat, — so sehr sie zentral blieb — es ging auch um die Frage, wie der Bürgerkrieg zu vermeiden und doch dem Weißbluten ein Ende zu machen sei, und es ging nicht zum wenigsten darum, was an die Stelle des gestürzten Regimes treten solle, für welches Zukunftsbild Deutschlands und Europas die Tat geschehe.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Besinnungsstunde sein, einen systematischen Aufriß des politischen und sozialen Gedankenguts der Opposition, ihres Regierungsprogramms gleichsam, zu geben. Wenige Worte müssen genügen, um auch hier an das „Heute und Morgen“ zu rühren. Es sind ja nicht nur beste Köpfe zweier Generationen, die an bestimmte Reformideen ihre Kräfte zu setzen bereit und höchst befähigt waren, unentrisen, sondern auch ihr Ansatz ist mannigfach umgebrochen worden und insoweit „Vermächtnis“ geblieben. Das gilt von dem entschlossenen Hineindenken eines deutsch-föderativen Aufbaus in eine europäische Föderation, es gilt von gewissen Leitgedanken in den Verfassungs- und Verwaltungsentwürfen der Goerdeler¹⁰⁾, Popitz und Jessen, und es gilt vor allem von der geistigen Vorbereitungsarbeit, die im Kreisauer Kreis geleistet worden ist. Die Männer, die hier zusammenwirkten, entschiedene Konservative und Sozialisten mit ebenso entschiedenen Anhängern beider Konfessionen, waren im Prinzip sich dahin einig, daß kein Aufstand an und für sich das tief eingefressene Übel heilen könne. Sie sahen es als ihre Aufgabe, die Grundlagen eines nach-nationalsozialistischen Deutschland und eines nach-nationalsozialistischen Europa zu durchdenken. Aus dieser Arbeit gingen eine Reihe höchst bemerkenswerter und im einzelnen durchaus konkreter Entwürfe hervor. Was dabei besonders hervortritt ist zweierlei von programmatischem Charakter. Das eine liegt in der Betonung der „Würde des Menschen“ als eines Zentralthema des zu erneuernden Europa, in der Betonung sittlicher Beziehungen innerhalb der staatlichen wie der Völkergemeinschaft, in der Forderung namentlich nach der Wiederherstellung der „Majestät des Rechts“. Moltke insbesondere hat diese Forderung auf das Problem der Kriegsverbrechen mit einer adligen Strenge und Sauberkeit angewandt, von der man im Nürnberger Verfahren gern einen Hauch verspürt hätte, und auch heute verdienen seine Gedanken zur Idee und Praxis des Rechtsstaats zweifellos noch immer stärkste Beachtung. Das andere Leitmotiv war das soziale, das gewiß auch bei Goerdeler sehr stark zur Geltung kam, das aber bei den Kreisauern ganz anders und in einer spezifischen Sicht in den Mittelpunkt trat. Auch hier ging es um die „Würde des Menschen“, um die christliche Auffassung des Besitzes wie des Erwerbs als Verantwortung, also um Grundpositionen abendländischer Gesittung, aber es ging auch um eine produktive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Lebensformen, die von Osten herandrängten. Es handelte sich bei diesem „Ernstnehmen“ nicht um nationalbolschewistische Tendenzen, wie man höchst irrtümlich interpretiert hat, wohl aber um die Behauptung Deutschlands in der Mitte. Trott pflegte das so auszudrücken, es gelte, „das Realprinzip des Ostens mit dem Personalprinzip des Westens zu vereinen“. In einfache-

⁸⁾ So insbesondere in dem Buch: In the Nazi Era (London 1952), Part I „Men who served Hitler“. — Eine eingehendere Stellungnahme hierzu wie überhaupt zur Kritik einer Gruppe englischer Historiker am deutschen Widerstand muß vorbehalten bleiben. Vgl. auch Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte I, 4, 452.

⁹⁾ Documents of British Foreign Policy, Series III, (II, 683 ff) — Über Kleists Beteiligung bei der Warnung durch Beck und Oster Ende März 39 (die „letzte Unze“) vgl. Wheeler-Bennett, a. a. O., 437.

¹⁰⁾ Für Goerdeler sei zu dem, was schon früher bekannt war, hinzu noch auf den Gedenkartikel von Gerhard Ritter verwiesen (Frankf. Allg. Ztg., 17. Juli 1954, Nr. 163). Die von ihm vorbereitete Biographie G.s. wird das Herauswachsen der Reformideen aus den Traditionen der Selbstverwaltung näher erörtern.

ren Worten, die in den Tagen von Casablanca an die amerikanische Adresse gerichtet waren, aber in der heutigen Krise westlicher Verteidigung erst ihren vollen Klang erhalten, hat er das Vermächtnis des Kreises dahin präzisiert: „Die Opposition glaubt, daß die entscheidende Entwicklung in Europa auf sozialem, nicht auf militärischem Gebiet stattfinden wird.“

Es bleibt schließlich noch die Frage zu stellen, wie Männer, die so hoch vom Rechte dachten, die so stark religiös und sozial-ethisch gebunden waren, den Entschluß zur Gewaltanwendung, zum Tyrannenmord, zum Herausbrechen aus der Frontgemeinschaft fanden. In der Tat neigte Moltke zu der Auffassung, daß man dem Unheil nicht in den Weg treten dürfe und daß eine innere Revolte die Probleme nur verwirren würde. Aber weder verhärtete sich diese Ansicht bei ihnen zu einem Dogma des passiven Widerstands, noch wurde sie von anderen Mitgliedern des Kreises geteilt; sie nahmen vielmehr an der Vorbereitung wie an der Tat selbst aktiven, ja führenden Anteil. Und doch ist keinem von ihnen die quälende Frage erspart geblieben, ob Gewalt ein Heilmittel sein konnte. Erst recht in der älteren Generation war für viele, wie schon gesagt worden ist, der Weg zum Entschluß ein mühsamer und langsamer. Indem man das anerkennt, sollte man nicht für einen Augenblick die Achtung vergessen gegenüber dem Gewissenskampf, mit dem hier um das religiöse Problem des politischen Mordes und das des Treueids gerungen worden ist. Grade daß man diese Fragen nicht leicht nahm, macht zu seinem Teil das sittliche Gewicht einer Entscheidung aus, die alle Hemmnisse überwand und die auch vor dem vollen Austrag des Dilemmas zwischen Beamten- oder Offizierspflicht und Menschenpflicht, zwischen den üblichen Geboten nationaler Disziplin und denen einer höheren Vaterlandsliebe, nicht zurückgeschreckt ist. Daß Deutschland, wenn es einem neuen Regime gelinge, den Krieg vor völligem Ausbluten zu beenden, schwere Opfer nicht vermeiden könne, davon überzeugte man sich freilich bald. Als Trott im Winter 39/40 in Washington über die damals noch neutralen Vereinigten Staaten hin versuchte, eine feindliche Kriegszielerklärung zu erwirken, die Hitlers Propagandatrupf des Vernichtungskampfes gegen das deutsche Volk den Boden entziehe und damit der Opposition eine bessere Chance gebe, hoffte er noch auf Erhaltung der Grenzen von 1937. Als die beiden deutschen Pastoren Schönfeld und Bonhoeffer 1942 mit dem Bischof von Chichester in Stockholm sich trafen, mußten sie die Besetzung Berlins durch die alliierten Mächte schon als Vorbedingung des versuchten Friedensfühlers annehmen.

Für jeden, der sehen will, dürfte eindeutig klar sein, daß es bei diesem und so manchen anderen Auslandskontakten, dem der Joseph Müller und Canaris, der Goerdeler und v. Hassell, um das Ziel einer Bewahrung Deutschlands und Europas vor dem drohenden Chaos, vor dem Vakuum in der Mitte des Kontinents ging. Keine der Gruppen und keiner der Männer, die an solchen Aktionen teilnahmen, standen unter fremdem Auftrag, — mit Ausnahme etwa der Roten Kapelle, und auch da dürfte ein summarisches Urteil fehl am Platze sein. Im einzelnen richteten sich die Kontakte in den verschiedenen Phasen des Krieges auf Zwecke verschieden abgestufter Art, vor dem Westfeldzug etwa auf die Garantie einer Atempause, d.h. auf die Zusage der Feindmächte, den deutschen Schwächemoment nicht auszunutzen und so den inneren Umsturz möglich zu machen. Später hoffte man, den Schwächemoment, erst recht den Bürgerkrieg, überhaupt vermeiden zu können durch die militärische Blitzrevolution in Form der Walkürebefehle, wie sie in Paris am 20. Juli tatsächlich vor sich ging. Im Auslandskontakt kam es dann darauf an, daß eine nachhitlerische Regierung als Partner anerkannt und daß ein gewisses Minimum deutscher Lebensmöglichkeiten gesichert wurde, was als Argument vor allem in Hinblick auf noch abwartende militärische Kreise wichtig war. In der letzten Phase galt, wenn es zum Zusammenbruch kam, wenigstens der westlichen Besetzung nach Möglichkeit die Vorhand zu geben.

Man kann all das mit Fug und Recht anführen, ohne doch damit an den zentralen Nervenstrang zu rühren. Zunächst einmal war für alle Auslandsbeziehungen die entschiedenste Absetzung vom innerdeutschen Regime und seinen Verbrechen die selbstverständliche Voraussetzung. Man durfte — wie vergeblich es auch immer sein mochte — nicht im leisesten dem Verdacht Vorschub leisten, daß es nur darum gehe, mit einem blauen Auge aus dem verlorenen Krieg herauszukommen und nicht um eine

radikale Wendung gegen Hitlers Krieg und sein System als gleichermaßen sündhaft. Das Entscheidende ist doch wohl, daß diese Haltung des Protests nicht durch irgendwelche Erfolgsaussichten hervorgehoben, sondern tief erlebte Wirklichkeit im Denken und Handeln der deutschen Opposition gewesen ist: ein Durchbruch „ins Freie“, wie er keinem anderen Widerstand, der sich bloß gegen einen fremden Eroberer und im üblichen Sinne „nationalen“ Feind zu kehren brauchte, aufgegeben war und wie er Menschen aller Stände, Richtungen und Konfessionen in einer unter Deutschen seltenen Einmütigkeit zusammenführte, die gewiß auch ein Teil des Vermächtnisses ist, den man heute anrufen möchte.

Aber bedeutete der Kampf gegen die eigene Regierung mitten im Krieg nicht zugleich ein Sichabsetzen von der Frontgemeinschaft, — um so belastender, je schärfer sie unter Druck gestellt, je hoffnungsloser sie im besonderen in der Abwehr der bolschewistischen Drohung verstrickt war? Die Männer des deutschen militärischen Widerstands, in Heimatstäben wie in leitenden Kommandostellen in Ost und West, wären gewiß die letzten gewesen, der opferreichen Kameradschaftsgesinnung, in der ihre Söhne, Verwandten und Freunde lebten, und der verbissenen, illusionslosen Härte der Pflichterfüllung, wie sie tagaus tagein an der Front geübt wurden, die hohe Achtung zu versagen, die ihnen für immer gebührt. Aber sie mußten für sich selbst eine schwere Pflicht und eine höhere Verantwortung auf sich nehmen, indem sie einer Führung in den Arm fielen, die jene Opfer zu unmenschlichen Zielen eines barbarischen Großreichs verbrauchte und zuletzt in einem Götterdämmerungswahn versank, der in den eigenen Untergang ein ganzes Volk mit herabzureißen gedachte. Diejenigen, die am tiefsten loteten, wie etwa Oster, waren von Anfang an überzeugt, daß man unter dem gegebenen Regime einen deutschen Sieg nicht einmal wünschen dürfe, daß es der Sieg des Antichrist, des Tiers aus dem Abgrund, sein würde, und handelten darnach. Sie mochten bekennen, wie es Dietrich Bonhoeffer für sich in schärfster Herausstellung des Dilemmas formuliert hat: „Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes. Nur durch Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben.“

Es ist bekannt, welche Mißdeutungen hier angesetzt haben. Zum Teil handelt es sich dabei um Fälschungen krasser Art, um grobe Dolchstoßlegenden bis zu dem Punkte hin, daß nicht nur der Zusammenbruch von 1945 durch den „eklen Wurm deutscher Zwietracht“ verursacht worden sei, sondern auch unter anderem der Eintritt Englands in den Krieg, — dies nämlich durch das Wissen um die Existenz einer deutschen Opposition, wie Herrn v. Ribbentrops nachgelassene Memoiren uns glauben machen wollen. Die einzige „Sünde“ Hitlers war dann, daß er in unbegreiflicher Langmut den Kopf dieser Hydra erst nach dem 20. Juli zertrat.

Aber noch bedenklicher vielleicht als solch plumpe Tendenz, die am einfachsten Tatsachenwissen sich widerlegt, ist der Nebel von Halbwahrheiten und moralischen Zweideutigkeiten, der sich auf einer Bewegung niederzulassen beginnt, die in der Auflehnung gegen das Gift der Lüge und im Durchbruch eines sittlich Unbedingten ihr stärkstes Widerlager hatte. Wenn man sich den Blick für diese innersten Kräfte offen halten will, wird man den Konflikt der Pflichten, der bis zur äußersten Zuspitzung hin dem deutschen Widerstand auferlegt war, nicht bagatellisieren dürfen. Es genügt nicht, vom Unrechtscharakter des Regimes zu sprechen, dem gegenüber man nicht habe Unrecht tun können — wie wohlthuend immer diese Auffassung sich von der des juristischen Positivismus unterscheidet¹¹⁾ —, oder vom erschlichenen Eid, der in der Tat im Sinn eines zweiseitigen Treueverhältnisses schon längst von dem aufgelöst war, dem man ihn geleistet hatte. Auch sollte man sich durch die auf schiefer Front vorgetragene Legenden nicht zu einer zu niedrig gegriffenen Abwehr verführen lassen. Sabotage irgend erheblicher Art sei nicht geübt worden, sicherlich nicht von den Männern des Widerstandes, Osters Mitteilungen an den holländischen Militärattaché hätten angesichts des Unglaubens der Gegenseite keinen Schaden getan, vor allem aber der Krieg sei sowieso verloren gewesen, lange schon, ehe auch Speer diese Erkenntnis kam, — so wird dann wohl gesagt. Empirisch ist das alles völlig richtig und von Sachverständigen für die verschiedensten Teilfragen (Brennstofflage, Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte usw.) gründlich erwiesen worden. Aber solch „entlastende“ Beweisführung ist geeignet, den Kern

¹¹⁾ Dies gilt namentlich von dem Plaidoyer des Generalstaatsanwalts Dr. Bauer im Remerprozeß. Zum folgenden auch die daselbst erstatteten Fehlgutachten.

des Problems zu verhüllen, den politischen wie den sittlichen. Politisch geht es, wenn wir das Vermächtnis des 20. Juli in seinem vollen Gewicht anrufen, nicht um irgendwelche Defensive sondern um Angriffe, gegen jedes System, das des Menschen Gewissen zu vergewaltigen und ein ganzes Volk in Verbrechen zu verstricken unternimmt. Sittlich geht es um letzte prinzipielle Entscheidungen in der Grenzsituation, in der die Rangordnung traditioneller Werte sich zurechtrückt und ordinäre Maßstäbe versagen.

Sieht man von da aus noch einmal auf das Heute und Morgen, so wird gewiß niemand sagen wollen, daß die Grenzsituation ein Modellfall ist für alle Zukunft oder daß im Extrem die Regel des täglichen Handelns gefunden werden kann. Die gleichen außerordentlichen Umstände kehren nicht wieder, und das Gesetz in die eigene Hand zu nehmen, ist nicht eine Aufgabe für jedermann oder in jedem gegebenen Moment. Und doch hat der Durchbruch ins Freie, für den der 20. Juli Symbol ist, eine wegweisende Bedeutung. Es sind damals in der Grenzsituation Möglichkeiten und Umwertungen vorgelebt und vorgestorben worden, die potentiell zum Wesen der Zeit gehören, in der wir existieren. Es sind das die Möglichkeiten und Umwertungen internationaler Art im Sinne einer Frontbildung des Menschlichen gegen das Unmenschliche, von der einleitend die Rede war und die eine gewisse Aktualität schon heute hat. Aber auch der innerstaatliche Bereich sollte über dem äußeren Bild wiederhergestellter Rechtlichkeit, hinter dem doch immer die Drohung des Anony-

men und Kollektiven steht, nicht aus dem Blickfeld verschwinden. Konkret gesprochen heißt das etwa, es dürfen keine Lagen eintreten, in denen noch einmal deutsche Offiziere gezwungen werden könnten, gegen ihren Eid zu handeln oder aus einer mißbrauchten Verteidigungsgemeinschaft auszubrechen. Dies ist indessen nur der zugespitzte Einzelfall. In allgemeinerer Sicht wird man die latente Gefahr so umschreiben dürfen, wie sie Graf York vor dem Volksgerichtshof in aller Klarheit und Schlichtheit herausgestellt hat: „Das Wesentliche ist der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen vor Gott“. Es ist damit von den Männern, die so dachten, so handelten und starben, zugleich auch auf der Ebene des Täglichen und Stündlichen eine Wachheit des Gewissens und der Mitverantwortung dem Einzelnen eingeschärft worden, der es an Erprobungen nach der Natur des modernen gesellschaftlichen Mechanismus nicht fehlen kann und ohne die doch eine freie Welt nicht zu bestehen vermag. Indem Bonhoeffer, um ihn noch einmal und zwar zum unmittelbar Politischen und spezifisch uns Angehenden des Vermächtnisses zu zitieren, in einer Aufzeichnung von der Jahreswende 1942/43 den traditionellen Freiheitsbegriff des Deutschen und die schmachliche Ausnutzung seiner Bereitschaft zu Gehorsam und Lebenseinsatz erörtert, fährt er fort: „Es mußte sich herausstellen, daß eine entscheidende Grunderkenntnis dem Deutschen noch fehlte: die von der Notwendigkeit der freien, verantwortlichen Tat auch gegen Beruf und Auftrag“.

Politik der Gewaltlosigkeit

Eine Rede des indischen Ministerpräsidenten Pandit Nehru vor der Volkskammer des Parlaments am 25. August 1954

Das Haus ist sich bewußt, daß seit dem 15. Mai, an dem es sich mit der internationalen Lage und den entsprechenden politischen Reaktionen der indischen Regierung befaßte, bedeutungsvolle Ereignisse und Entwicklungen eingetreten sind, die uns alle betreffen und für uns von Interesse sind. Einige Ereignisse und Entwicklungen sind gerade für uns von Bedeutung. Sie appellieren an unsere Gefühle und hängen mit unserer geschichtlichen Entwicklung zusammen. In andere wieder sind wir verwickelt, oder wir versuchen, uns aus ihnen herauszuhalten; für einige jedoch haben wir als unseren Anteil an den internationalen Verpflichtungen und um des Friedens willen eine schwere Last und eine große Verantwortung auf uns genommen.

Ich habe nicht die Absicht, mich mit allen Punkten zu befassen oder auf einige besonders ausführlich einzugehen, sondern ich möchte nur verhältnismäßig kurz den Standpunkt der Regierung zu einigen Problemen und Entwicklungen aufzeigen.

Die Beziehungen zu den portugiesischen Niederlassungen in Indien, die sowohl das Haus als auch das Land mit großer Aufmerksamkeit verfolgten, waren Gegenstand eingehender Prüfungen und lebhafter Erwägungen von seiten der Regierung. In den portugiesischen Niederlassungen selbst haben Opposition und Widerstand gegen das ausländische Kolonialregiment um sich gegriffen. Es handelt sich hier um eine reine Volksbewegung der Einwohner Goas. Die Behörden bekämpften sie

mit den altgewohnten, jedoch zweifelhaften kolonialen Unterdrückungsmethoden und autoritären Gewaltmaßnahmen, die die natürlichen Rechte des Volkes auf Freiheit und Selbstbestimmung leugnen.

Der Standpunkt der indischen Regierung und auch des indischen Volkes sind bekannt und brauchen nicht noch einmal wiederholt zu werden. Goa und die indische Union bilden ein Land. Verschiedene Teile Indiens kamen durch ausländische Eroberungen unter Kolonialherrschaft. Die geschichtlichen Ereignisse brachten es mit sich, daß fast das ganze Land unter britische Herrschaft geriet. Aber einige kleinere Landstriche blieben unter kolonialer Herrschaft anderer ausländischer Mächte, vornehmlich weil sie die Engländer dort beließen. Die Freiheitsbewegung beschränkte sich nicht nur auf einen Teil des indischen Landes sondern erstreckte sich auf das ganze Land und richtete sich gegen jede Art von ausländischer Herrschaft. Im sogenannten britischen Indien gewann die Freiheitsbewegung unaufhaltsam an fester Gestalt und wirkte schließlich den Rückzug der Kolonialmacht und die Bildung der indischen Republik. Dieser Befreiungsprozeß kann aber nicht vollendet werden, solange nicht die letzten Teile des Landes von der kolonialen Überwachung befreit sind. Die Regierung und das Volk Indiens haben daher volles Verständnis für die Bestrebungen der Einwohner Goas, sich von fremder Herrschaft zu befreien und mit dem Mutterlande zu vereinen.

Wir haben, selbst zur Zeit, als Indien noch britischer Herrschaft unterworfen war, eine

Politik der Gewaltlosigkeit verfolgt, und entsprechend waren unsere Einstellung und Haltung. Gewaltlosigkeit aber bedeutet:

1. daß wir weder auf unsere Identifizierung mit der Sache unserer Mitbürger unter portugiesischer Herrschaft verzichten noch eine Beeinträchtigung unseres Standpunktes dulden würden;

2. daß wir weiterhin keine Gewaltakte freiwillig unternehmen oder befürworten werden. Unser Standpunkt gründet sich auf der Tatsache, daß die Befreiungsbewegung spontan und eine Angelegenheit der Einwohner Goas ist, und daß ihre Stärke auf diesen Tatsachen beruht.

Die indische Regierung und ich sind der Überzeugung, daß der größte Teil unseres Volkes keine Politik oder Methode befürworten würde, die sich von diesen Grundsätzen entfernen, auf denen die Grundlagen unserer nationalen Einheit beruhen und die das geschichtliche und einzige Vermächtnis Gandhis und der Vorkämpfer unserer Freiheit sind.

Weiterhin dürfen wir niemals vergessen, daß wir aus unseren Bemühungen um unsere eigene Freiheit das Element der Furcht entfernen müssen. Ich möchte hier in aller Aufrichtigkeit sagen, daß die Regierung niemals einen derartigen Weg beschreiten wird und auch nicht will. Besorgnis und Furcht vor Drohungen, gleichgültig aus welchen Kreisen sie kommen oder wer sie billigt, vermindern die Möglichkeiten einer Verständigung oder be-

wirken Reaktionen, die aus Furcht geboren sind. Ein solches Verhalten steht im Widerspruch zu unserer Politik und verleugnet den Grundsatz der Gewaltlosigkeit.

Die portugiesische Regierung hat uns mit Beschuldigungen überhäuft und mit unserer Nachsicht zügellosen Mißbrauch getrieben. Sie wird von Furcht getrieben. Ihre Erklärung, sie würde ihre militärischen Streitkräfte in ihren indischen Besitzungen zusammenziehen, um die Einwohner zu terrorisieren, reiht sie unter diejenigen ein, die auf die Stärke pochen. Sie ist sich wohl bewußt, daß sie uns damit nicht schrecken kann.

Die indische Regierung jedoch hat nicht die Absicht, militärische Maßnahmen zu planen und zu ergreifen. Die Konzentration portugiesischer Truppen stellt zweifellos eine Verletzung unserer nationalen und internationalen Rechte dar. Wir werden diese Tatsache überprüfen und in Rechnung stellen und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Wir haben aber nicht die Absicht, hierin dem Beispiel der portugiesischen Regierung zu folgen.

Die Erklärungen der portugiesischen Regierung an uns oder an andere Länder und ihre Propaganda sind voll von unwahren und willkürlichen Beschuldigungen. Sie stellt uns nicht nur als aggressive Militaristen hin sondern bezeichnet uns vor allem als Anti-Christen, Anti-Katholiken und Scheinheilige; damit verfolgt sie den Zweck, die anderen gegen uns einzunehmen. Sie versucht, die anderen zu überzeugen, daß wir aus Goa eine indische Kolonie machen wollen.

Diese Behauptungen weisen die Einwohner Goas trotz dem autoritären Regime, der drückenden Zensur und der vom Staat kontrollierten Propaganda zurück. Trotzdem wächst die goaische Befreiungsbewegung weiter und ihre Stärke kann man an der zunehmenden Heftigkeit und Willkür der portugiesischen Beschuldigungen und Propaganda ablesen.

Goaer im Auslande, vor allem in Indien und Ostafrika, haben sich zu Gunsten dieser Bewegung ausgesprochen. Sie fordern das Ende der Fremdherrschaft und die Vereinigung Goas mit dem Mutterlande.

Die portugiesische Behauptung, Indien verhalte sich gegenüber den römischen Katholiken feindselig und die Katholiken würden in Gefahr geraten, wenn Goa der indischen Union angeschlossen werden sollte, wurde von den römischen Katholiken Indiens und ganz besonders von ihren hervorragenden Führern verworfen. Die Katholiken in Indien weisen diese portugiesische Behauptung nicht nur als falsch zurück sondern betrachten sie als Schmach für sich und ihr Land. Sie weisen auf die 5 Millionen Katholiken in Indien hin, die absolute Religionsfreiheit und die Achtung ihrer übrigen Landsleute genießen. Sie wissen, daß die Garantien unsere Verfassung eingehalten werden. Auf einem kürzlich abgehaltenen, überaus gut besuchten Treffen von Goaern in Bombay, das sich aus Personen unterschiedlichster Richtungen, vor allem aus Nicht-Konfessionellen und Parteilosen zusammensetzte, wurde diese Ansicht nachdrücklich vertreten und die Unhaltbarkeit der portugiesischen Beschuldigungen aufgedeckt.

Ich bedauere tief, wenn die portugiesische Regierung beabsichtigt haben sollte, um ihrer kolonialen Ziele willen die religiösen Leidenschaften aufzustacheln. Diese Bemühungen waren erfolglos.

Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um noch einmal einige Erklärungen über die grundsätzlichen Beziehungen zu Goa abzugeben, wenn es Teil der indischen Union wird.

1. Die von der indischen Verfassung garantierte Freiheit und die garantierten Rechte, die vor allem das Recht auf die Freiheit des Gewissens, des Gottesdienstes und der Religionsausübung einschließen, werden in vollem Umfange und mit allen Folgerungen auf dieses Gebiet ausgedehnt werden.

2. Besondere kulturelle, soziale und sprachliche Belange und Eigentümlichkeiten der territorialen Gruppe, die eine Folge der geschichtlichen Entwicklung sind, werden respektiert werden.

3. Gesetze und Gewohnheiten, die zum sozialen Gefüge dieses Landes gehören und die mit den Grundsätzen der Menschenrechte und der Freiheit in Einklang stehen, werden respektiert werden, und Änderungen werden nur auf dem Verhandlungswege und bei Zustimmung vorgenommen werden.

4. Entsprechend unserem Vorgehen im übrigen Indien werden wir uns in vollem Umfange der Verwaltung, der Rechts- und der anderen Einrichtungen bedienen in der Überzeugung, daß die Erlangung der Freiheit und die Vereinigung dieser Gebiete mit dem Mutterlande eine Angleichung ermöglichen werden, die in Übereinstimmung mit einer fortschrittlichen Auffassung und mit den Wünschen des Volkes vorzunehmen ist.

Das Haus hat Kenntnis davon, daß kürzlich zwischen der portugiesischen und der indischen Regierung Noten gewechselt wurden. Sie wurden dem Haus vorgelegt. Aus diesen Noten geht klar hervor, daß die indische Regierung ihren Standpunkt mit Festigkeit, Klarheit und Zurückhaltung vertreten hat und sich weder durch die Form der Sprache noch durch den Inhalt der portugiesischen Noten herausfordern ließ. Die Regierung ist der Meinung und der Überzeugung, das Haus stimme mit ihr darin überein, daß Regierungen sich immer eines solchen Verhaltens befleißigen sollten. Ich werde davon Abstand nehmen, ausführlich auf den Notenwechsel einzugehen, möchte jedoch betonen, daß die indische Regierung entsprechend ihrer Politik, Meinungsverschiedenheiten und Probleme auf dem Wege des Ausgleichs und der Verhandlungen beizulegen und zu lösen, sofort das erste Angebot der portugiesischen Regierung auf Zusammenarbeit zum Zwecke einer unvoreingenommenen Prüfung der Goa-Frage annahm. Die indische Regierung hat nichts dagegen einzuwenden und nichts zu verbergen. Sie schlug ein sofortiges Treffen von Vertretern beider Regierungen vor, um die Regelungen zu treffen, über die sie eine Einigung erzielten. Die letzte Note der portugiesischen Regierung scheint weitere Zweifel und Schwierigkeiten zu erregen, aber die indische Regierung hat ihre feste Absicht bekundet, den Weg der Versöhnung und der Verhandlung fortzusetzen. Sie forderte die portugiesische Regierung auf, den baldigen Beginn einer Konferenz zu ermöglichen.

Im Namen unseres Landes und der Regierung möchte ich erklären, daß wir gegen Portugal und seine Bewohner keine feindlichen Gefühle hegen. Wir sind der Ansicht, daß es auch für Portugal einen Gewinn bedeuten würde, wenn die Goaer, die jetzt portugiesische Untertanen sind, frei sein würden. Wir werden mit Geduld und Festigkeit den Weg der Versöhnung und Verhandlung weiter gehen. Wir glauben jedoch, gleichzeitig feststellen zu müssen, daß wir unserer Geschichte untreu und Verrat an der Sache der Freiheit üben würden, wenn wir nicht freimütig bekennen würden, daß unser Land und die Regierung fest und voll vom Recht unserer Mitbürger in Goa, sich selbst von fremder Herrschaft zu befreien und sich mit dem übrigen Mutterlande zu vereinen, überzeugt sind. Unsere Offenheit wird der Freund-

schaft und dem gegenseitigen Verstehen nur förderlich sein, so wie Indiens Befreiung zu freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinten Königreich und Indien geführt hat. Wir laden daher die portugiesische Regierung ein, zur friedlichen Vollendung dieser Bestrebungen mit uns zusammenzuarbeiten.

Die Frage der französischen Niederlassungen bietet gegenwärtig erfreulicherweise ein ganz anderes und hoffnungsvolleres Bild. Ich glaube, wir dürfen die berechtigte Hoffnung hegen, daß wir uns dem Ziele unserer Hoffnung nähern, eine friedliche und dauernde Regelung, die für alle Betroffenen zugleich ehrenvoll und befriedigend ist, auf dem Wege des Ausgleichs und der Übereinstimmung zu erreichen. Der Ansichten- und Gedankenaustausch zwischen unserer Regierung und der von Frankreich macht seit einiger Zeit Fortschritte, und er wird von beiden Seiten in entgegenkommender Haltung weitergeführt. Der französische Premierminister bewies der Welt seinen Patriotismus und seine politische Kühnheit, aber auch seinen Wunsch nach friedlichen Regelungen auf den Verhandlungswege. Ich hege die große Hoffnung, daß wir in absehbarer Zeit die Lösung dieses Problems im Sinne der vollen Freiheit für unser Volk und einer festeren Freundschaft zwischen Indien und Frankreich erleben werden.

Wie ich schon sagte, ist die gegenwärtige Phase der Angelegenheit hoffnungsvoll. Aber es war nicht immer so. Die Übung von Geduld und unser fester Vorsatz, eine Regelung auf dem Verhandlungswege zu erreichen, rechtfertigten sich selbst. Das Haus wird mir die Bemerkung gestatten, daß diese Politik der Geduld und Weisheit in Übereinstimmung mit unseren Grundsätzen das rechte Verhalten war und auch zu Ergebnissen führte.

Ich darf jetzt das Haus bitten, seine Aufmerksamkeit von diesen beiden Fragen, die uns geographisch und politisch so nahe berühren, anderen zuzuwenden, die uns nicht weniger angehen und an denen wir vielleicht in noch stärkerem Maße unmittelbar beteiligt sind. Ich meine die beiden Konferenzen, die in diesem Jahr von April bis Juli in Genf abgehalten wurden. Beide Konferenzen befaßten sich mit Ländern und Völkern Asiens. Die Hauptteilnehmer an diesen Konferenzen waren mit der bedeutsamen Ausnahme Chinas nicht-asiatische Staaten. Dies kennzeichnet in etwa die heutige Weltlage, die sich durch territoriale, rassische und politische Unausgeglichenheit auszeichnet. Wir sind daher der Ansicht, daß wichtige Weltprobleme heute nicht zu lösen sind, wenn man sie ausschließlich als asiatische oder europäische, östliche oder westliche Probleme ansieht. Um sie zu lösen, muß Asiens Platz in der modernen Welt anerkannt werden.

Genf bewies dies in mehr als in einer Hinsicht. Erstens nahm China an beiden Konferenzen teil. Seine Anwesenheit bewies, daß die Anerkennung der Tatsachen nicht nur unvermeidbar sondern auch zweckmäßig ist.

Zweitens ist es Tatsache, daß die Beratungen der südostasiatischen Premierminister in Colombo auf die Indochinakonferenz in Genf zwangsläufig einen bedeutsamen Einfluß hatten, obgleich keines der Länder an der Genfer Konferenz teilnahm. Die Colombovorschläge über Indochina stützten sich zum großen Teil auf ähnliche Vorschläge, die diesem Haus bei einer früheren Gelegenheit unterbreitet worden waren und die nun nach einigen Abänderungen in der Formulierung den Beifall der anderen Premierminister fanden.

Die Konferenz vertagte sich, ohne zu einem Beschluß geführt zu haben, doch muß betont werden, daß sie nicht zusammengebrochen ist. Die Koreafrage muß im Interesse der Stabilität

und des Friedens Asiens und der Welt gelöst werden. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß in Genf keine Seite geneigt oder bereit war, gewaltsam ein katastrophales oder auch nur formales Ende der Konferenz herbeizuführen. Ein großer Teil der vertretenen Staaten wünschte und suchte wenigstens eine Teillösung. Einige der in Genf unterbreiteten Vorschläge weisen Wege zu einer künftigen Regelung. Sie stellen eine Art Brückenkopf dar, von wo eine hoffnungsvolle Landung an den Gestaden einer koreanischen Lösung geplant und ins Auge gefaßt werden sollte. Ein Fehlschlag der Genfer Konferenz sollte nicht geduldet werden. Die Bemühungen um einen Frieden in Korea sollten fortgesetzt werden.

In Genf kam der Indochinakonferenz die größere Bedeutung zu. Es war die historische Rolle der Konferenz, eine Alternative darzustellen zu einer Politik, die drohte, zu einem dritten Weltkrieg zu führen. Das ist das Besondere an der Genfer Indochinakonferenz; dies gibt ihr einen denkwürdigen Platz in der Geschichte.

In Genf herrschte der Wunsch vor, trotz aller Konflikte und toten Punkte eine Regelung zu finden und die grimmige Alternative abzuwenden. In diesem Sinne bemühten sich auch die beiden Präsidenten der Konferenz, Eden und Molotow, als Vermittler.

Außer den beiden Konferenzpräsidenten zeichnete sich auch noch der chinesische Premierminister, den wir zu unserer Freude in unserem Lande begrüßen konnten, als konstruktiver Staatsmann aus. Er vermittelte der Konferenz einen unmittelbaren Eindruck von der Existenz eines neuen Asiens. Sein Besuch in Indien scheint sein Verständnis für die asiatischen Länder außerhalb Chinas und für den südostasiatischen Plan eines kollektiven Friedens gefördert zu haben.

So groß auch der Anteil der anderen Staaten war, so spielten doch Frankreich und die demokratische Republik Vietnam als kriegführende Staaten die wichtigste Rolle und hatten auf der Konferenz die Hauptarbeit zu leisten. Direkte Verhandlungen zwischen ihnen, die zuerst in diesem Hause vorgeschlagen und später auf der Colombo-Konferenz unterstützt wurden, erhielten eine gewisse Bedeutung. Wir sind dem französischen Premierminister Mendès-France und den Vertretern der demokratischen Republik von Vietnam unseren Dank für ihren Mut und ihre Einsicht schuldig, mit der sie das schwierige Problem anpackten. Auch die drei anderen indochinesischen Regierungen, die auf der Konferenz vertreten waren, nämlich Laos, Kambodscha und Vietnam, die auch von den Schrecken des Krieges berührt waren, leisteten ebenfalls ihren Beitrag zur Indochinaregelung. Die Regelung der Indochinafrage wurde wirklich auf dem Verhandlungswege erreicht und keiner der kriegführenden Mächte, sondern der Frieden blieb Sieger.

Die Waffenstillstandsbedingungen kamen auf Grund von Abmachungen zwischen den kriegführenden Parteien, die durch die beiden Oberkommandos vertreten wurden, zustande. Diese haben auch die Verantwortung für ihre Einhaltung. Von Beginn der Konferenz an konnte keine Einigung über Rolle, Funktionen, Zusammensetzung und Vorgehen der neutralen oder unparteiischen Überwachungskommissionen erzielt werden. Es wurde schließlich ein Übereinkommen über Funktionen und Zusammensetzung der Kommissionen aus Vertretern Kanadas, Polens und Indiens erreicht, was einen Wendepunkt in den Verhandlungen bedeutete. Jedesmal und von jedem Teilnehmer wurde Indien als Mitglied der Kommission vorgeschlagen. Indien fiel die führende Rolle in den Kommissionen zu, was schließlich zu einer der Vorbedingungen für die endgültige Regelung wurde.

Indien nahm nicht an der Konferenz teil. Es hat nicht um einen Platz in den Kommissionen gebeten. Wir enthüllten nicht einmal, ob wir diese Verantwortung zu übernehmen gedachten oder nicht. Als uns dieses verantwortungsvolle Amt angeboten wurde, konnten wir die Annahme nicht verweigern, denn unsere Weigerung hätte das Abkommen gefährdet. So müssen wir diese schwere und lastende Verantwortung auf uns nehmen.

Unsere Beziehungen zu unseren Kollegen in der Kommission und zu den Parteien in Indochina standen bisher unter einem günstigen Stern. Bis jetzt sind alle Entscheidungen in den Kommissionen einstimmig gefaßt worden. Dies beweist den guten Willen und den ersten Wunsch zur Zusammenarbeit. Am ersten August eröffnete ich die Konferenz der drei Staaten, um die Kommissionen zu dem durch das Indochinaabkommen festgesetzten Datum zu bilden. Diese Konferenz traf einstimmige Entscheidungen und schickte schnellstens unter Leitung des Sekretärs für Commonwealth-Fragen am Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Herr S. Dutt, eine Vorkommission nach Indochina. Dutt kehrte vor zwei Tagen zurück, nachdem alle drei Kommissionen nunmehr gebildet sind. Ich habe den Eindruck, das Haus hat das Bedürfnis, den Kommissionen von seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit und seiner aufrichtigen Hoffnung auf erfolgreiches Wirken Kenntnis zu geben.

Es ist wichtig, daß das Indochinaabkommen die Herstellung der Unabhängigkeit der drei Staaten: Vietnam, Laos und Kambodscha vorsieht und ihre Souveränität zu bewahren sucht auf Grund der Zusicherung, die Integrität gegenseitig zu achten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen einzumischen und keine militärischen Bündnisse mit anderen Staaten einzugehen. So besteht die Hoffnung, daß die Indochinastaaten lieber an einem kollektiven Frieden teilnehmen als sich einem Kriegsblock anschließen werden.

Dem indochinesischen Volk senden wir ungeachtet seiner inneren Wirren und schweren Mühsal unsere aufrichtigen und warmen Wünsche und Hoffnung für Frieden, Einheit und Gedeihen. Die Regelung der Indochinafrage vergrößerte Asiens Hoffnung auf Frieden und Stabilität.

Ich erwähnte schon den Besuch Tschu-En-lais in Delhi. Ihm wurde ein spontaner Empfang bereitet. Er war der Ausdruck unseres Volkes für seinen Wunsch nach Verstehen und friedlichen Beziehungen. Er war zugleich der Ausdruck für das unseren beiden Völkern gemeinsame asiatische Bewußtsein. Tschu-En-lais Besuch förderte das Verständnis der beiden Völker füreinander.

Das von Tschu-En-lai und mir als Premierminister unserer Völker herausgegebene Kommuniqué zog die Aufmerksamkeit der Welt auf sich. Die in ihm enthaltenen fünf Grundsätze entspringen dem Wunsch nach einem kollektiven Frieden. Unser nächster Nachbar, Burma, hat diese fünf Grundsätze übernommen und andere südostasiatische Länder stehen ihnen wohlwollend gegenüber. Das von uns erreichte Einverständnis richtet sich gegen kein Land und keine Ländergruppe. Wir hoffen, daß es den Kern für einen kollektiven Friedensplan bildet, der die einzige Alternative zur Kriegsbereitschaft und der einzige echte Weg zur wirklichen Sicherheit ist.

In den ersten Tagen des nächsten Monats soll in Baguio auf den Philippinen ein Treffen stattfinden, auf dem Vorschläge für die Bildung einer südostasiatischen Kollektivorganisation geprüft werden sollen. Wir haben uns außerstande erklärt, an diesem Treffen teilzunehmen, weil nach unserer Ansicht die Gefahr besteht, daß es die durch die Indochinaregelung gerade erst zustande gekommene Aussöhnung zunichte machen könnte. Nach unserer Überzeugung ist eine kollektive Sicherheit nur zu erlangen, wenn die Weltspannung beseitigt und ein kollektiver Friedensplan entwickelt wird. Alles, was die Spannungen noch vergrößert, entfernt uns vom Frieden. Wir fürchten daher, daß die geplante südostasiatische Kollektivorganisation gegenwärtig mehr Schaden als Nutzen anrichten wird, den sie sich für die Zukunft verspricht. Die indische Regierung ist der Ansicht, daß das als Folge des Indochinaabkommens eingetretene Nachlassen der Weltspannungen und das Friedensverlangen der Nationen gefördert und dazu benutzt werden sollten, weitere Mittel und Möglichkeiten zur Erreichung des Weltfriedens und zur Lösung der Weltspannungen ausfindig zu machen. Dies wird die Aufgabe der Vollversammlung der Vereinten Nationen sein, die im nächsten Monat zusammentritt. Wir glauben zuversichtlich, daß sie die Lösung der hartnäckigsten Weltkonflikte im Rahmen einer kollektiven Friedensbemühung suchen wird.